

Zur Freiheit 1989 – 2009 befreit

Der Osten Europas 20 Jahre nach
dem Fall des Eisernen Vorhangs

Reportagen | Features | Analysen

Ein Kooperationsprojekt von

 **n-ost**
Netzwerk für Osteuropa-Berichterstattung

 **Renovabis**
Solidaritätsaktion der deutschen Katholiken
mit den Menschen in Mittel- und Osteuropa

Impressum

Herausgeber: Renovabis-Geschäftsstelle,
Abteilung Kommunikation und Kooperation,
Leiter: Burkhard Haneke

Redaktion: Jürgen-August Schreiber

Gestaltung: ReclameBüro, München

Bildnachweis: laif/Pierre Adenis (Titel), KNA-Bild (Seite 44),
Fotoarchiv n-ost und Renovabis (alle übrigen Bilder)

Druck: print24

Copyright © 2009 by Renovabis und n-ost



Kardinal-Döpfner-Haus
Domberg 27
85354 Freising
Tel.: (08161) 5309-39/47
Fax: (08161) 5309-44
presse@renovabis.de
www.renovabis.de

**Renovabis und n-ost danken allen, die zum Gelingen
dieser Publikation beigetragen haben.**

Inhalt

6 ZU DIESER PUBLIKATION

BURKHARD HANEKE UND MATTHIAS ECHTERHAGEN

8 | 9 GEDANKEN ZUM THEMA

BISCHOF DR. GERHARD FEIGE
WERNER D'INKA

10 DIE AMEISENHÄNDLER VOM BAHNHOF ZOO

PROFESSOR DR. KARL SCHLÖGEL

14 ARTIKELREIHE I

ZWEI GENERATIONEN TWENS

20-JÄHRIGE VON DAMALS
UND HEUTE IM GESPRÄCH

15 BULGARIEN

WAS BLEIBT IST TRAUERIGKEIT

18 KROATIEN

ALS GÄBE ES KEIN MORGEN

21 LETTLAND

WAS SICH GEÄNDERT HAT,
IST DIE FAHRTRICHTUNG

24 POLEN

ÄHNLICH IST NUR DAS ÄUSSERE

28 RUMÄNIEN

ZWEI WELTEN, EIN TRAUM

31 TSCHECHIEN

KEINE SPUR VON OSTALGIE

34 UKRAINE

SEELNFRIEDEN
STATT GELDVERDIENEN

37 UKRAINE

DAS GEFÜHL, ETWAS ZU BEWIRKEN

40 ARTIKELREIHE II

1989 – 2009.

PARALLELEN UND BRÜCHE

41 BULGARIEN/RUMÄNIEN/POLEN

BOULEVARD ALS WESTIMPORT

44 RUMÄNIEN/TSCHECHIEN

GESCHICHTE DES KOMMUNISMUS:
MANGELHAFT

47 TSCHECHIEN/SLOWAKEI

KLEINER BRUDER
GEGEN GROSSEN BRUDER

50 POLEN

AUCH POLEN HAT OSSIS

53 POLEN/TSCHECHIEN

FREI UND MISSIONARISCH

56 BULGARIEN/UNGARN

ROMA ALS SÜNDENBÖCKE?

59 POLEN

MEHR CHANCEN ALS IN LONDON

62 POLEN/RUSSLAND

OHNE STAATLICHEN ZWANG

Zu dieser Publikation – ein Wort der Projektleiter



Burkhard Haneke
*ist Geschäftsführer
bei Renovabis.*



Matthias Echterhagen
*war bis Oktober 2009
n-ost-Geschäftsführer.*

Den politischen Umbruch von 1989 mit allen seinen Bedeutungen vollendet darzustellen, ist sicher unmöglich. 20 Jahre später kommt es auf einen Zugang an, der die konkreten Auswirkungen des Umbruchs im Leben der Zeitzeugen und deren Nachkommen selbst in den Blick nimmt. Was hat sich für die Akteure von damals wirklich verändert? Haben sich ihre Hoffnungen auf ein freies Leben erfüllt? Wie geht die jüngere Generation mit dem Erbe der epochalen Wende von 1989 um?

Die Solidaritätsaktion Renovabis und das Journalistennetzwerk n-ost haben im Jubiläumsjahr 2009 gemeinsam einen genauen und vielschichtigen Blick auf die Ereignisse der Transformation im östlichen Europa zu werfen versucht. n-ost setzt sich seit 2002 für Medienfreiheit und die umfassende Berichterstattung aus den Ländern des östlichen Europas ein. Es verfügt über ein breites Netz von Korrespondenten und Medienschaffenden, die direkt vor Ort berichten. Renovabis engagiert sich seit 1993 für die soziale, gesellschaftliche und kirchliche Erneuerung in den ehemals kommunistischen Ländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas. Auch ist es dem katholischen Osteuropa-Hilfswerk ein wichtiges Anliegen, den Austausch und die Begegnung zwischen Ost und West in Europa zu fördern. Die vorliegende Broschüre fügt sich gut zu diesem Anliegen. Durch die finanzielle Unterstützung von Renovabis konnten die n-ost-Autoren ihre umfangreichen Recherchen durchführen.

Herausgekommen ist eine Reportagen, Features und Analysen umfassende Reihe, die profunde Einblicke in die Transformationsdynamik des östlichen Europas gewährt – indem sie das Leben Einzelner beschreibend und dokumentierend in den Blick nimmt.

Neben Zeitzeugen von damals kommen auch Vertreter der jüngeren Generation zu Wort, für die der Fall des Eisernen Vorhangs längst Geschichte ist. Unter den Arbeiten finden sich Gegenüberstellungen von Biographien zweier Generationen Twens – der 20-Jährigen von damals und heute – ebenso wie Artikel zur Medienfreiheit und zu den wirtschaftlichen Auswirkungen der Wendeprozesse. Im ersten Teil der Serie liegt der Schwerpunkt auf dem Thema der Generationen. So führt uns zum Beispiel n-ost Autorin Simone Böcker nach Bulgarien in das Leben der 40-jährigen Journalistin Diana Ivanova und des 23-jährigen Bloggers Peter Dobrev. Zwei Leben, zwei Generationen, zwei Blicke auf 1989. Im zweiten Teil der Serie verändert sich die Recherchemethode: Hier sind die Artikel jeweils nicht mehr nur aus

der Perspektive eines Landes verfasst, sondern in der Regel in binationalen Rekercheteams erstellt. So arbeitet etwa ein Feature aus Tschechien und aus Rumänien heraus, wie die jüngste Vergangenheit an den Schulen Rumäniens und Tschechiens gelehrt wird. Und wie man dabei auf Grundsatzfragen und Widerstände stößt.

Durch den journalistischen und länderübergreifenden Blick leisten die vorliegenden Arbeiten einen wichtigen Beitrag zum Verständnis der Umbrüche und deren Folgen im östlichen Europa und können damit auch der gesamteuropäischen Verständigung dienen.

Als Leiter dieses gemeinsamen Projekts von Renovabis und n-ost wünschen wir allen Leserinnen und Lesern eine fruchtbare Lektüre!



Renovabis ist die Solidaritätsaktion der deutschen Katholiken mit den Menschen in Mittel- und Osteuropa. Das katholische Hilfswerk wurde im März 1993 von der Deutschen Bischofskonferenz auf Anregung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) gegründet und hat seinen Sitz in Freising bei München.

Renovabis unterstützt seine Partner bei der kirchlich-pastoralen, sozial-caritativen und zivilgesellschaftlichen Erneuerung in den früher kommunistischen Ländern des Ostens. Seit Bestehen half Renovabis in 29 Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas bei der Verwirklichung von bislang über 16.500 Projekten mit einem Gesamtvolumen von mehr als 470 Millionen Euro.

Mehr zu Renovabis unter www.renovabis.de



Das Netzwerk für Osteuropa-Berichterstattung **n-ost** führt Medieninitiativen, Journalistinnen und Journalisten aus über 20 Ländern zusammen.

Was sie verbindet, ist ein europäischer Blick, der von Ost nach West geht. Im Mittelpunkt steht die Berichterstattung aus und über Osteuropa. Dabei setzen sich n-ost-Mitglieder für eine Stärkung der Medienfreiheit und gegen Begrenzungen der journalistischen Arbeit ein: Das Netzwerk organisiert journalistische Fortbildungen, Fachkonferenzen, Recherchereisen und internationale Medienprojekte. Mit einem Artikel- und Radiodienst beliefert n-ost Hörfunkanstalten und Zeitungen in Deutschland, Österreich und der Schweiz.

Mehr zu n-ost unter www.n-ost.de

Freiheit – ein Geschenk



Bischof Dr. Gerhard Feige
*Bischof von Magdeburg und
Vorsitzender des Renovabis-Aktionsausschusses*

Schon zwanzig Jahre ist es her, als die innerdeutsche Mauer fiel und die Grenzen sich öffneten. Was war das doch für ein Gefühl, nun nicht mehr eingesperrt zu sein. Auch wenn viele sich schon lange nach einer freiheitlichen Gesellschaft gesehnt und dafür eingesetzt hatten, kam eine solche Wende für die meisten doch überraschend. Eine Ahnung tat sich auf, die vielen zur gläubigen Gewissheit wurde: Was hier geschehen ist, war kein Zufall. Hier war nicht nur das Maß voll und die Zeit reif. Hier sind auch nicht nur allein Menschen am Werk gewesen. Hier hat Gott selbst ein Zeichen gesetzt und unser Tun mit seiner Hilfe begleitet. Er hat uns „zur Freiheit befreit“.

Noch heute gilt es, ihm von Herzen dafür Dank zu sagen. Wir sollten aber auch die Erinnerung an die vielen wach halten, die mit dazu beigetragen haben, dass ein Unrechtssystem gewaltlos zu Fall kam, dass die Einheit unseres Landes wiederhergestellt werden konnte und Europa heute versöhnter denn je in Erscheinung tritt. Ich denke dabei besonders an die mutigen Bürgerrechtler und die friedlichen Demonstranten, aber ebenso an etliche Kirchenführer und Staatsmänner, die prophetisch und entschieden gehandelt haben. Neben dem revolutionären Elan der Ostdeutschen und dem solidarischen Beistand der Westdeutschen ist aber auch nicht zu vergessen: Ohne die schon viel länger andauernden Befreiungsbewegungen in Polen, in der Tschechoslowakei und in Ungarn wäre es wohl auch bei uns nicht zu einer solchen Entwicklung gekommen. Von großem Einfluss auf diese Vorgänge war zweifellos auch Papst Johannes Paul II., der aus seiner Kritik am Kommunismus kein Hehl machte und seinen polnischen Landsleuten geistig den Rücken stärkte.

Bei aller Freude und Dankbarkeit ist inzwischen jedoch mindestens eine gewisse, wenn nicht so gar große Ernüchterung eingetreten. Laut jüngsten Umfragen ist z.B. eine Mehrheit von Deutschen mit der Entwicklung in den letzten zwanzig Jahren und mit der heutigen Situation unzufrieden. Besonders Ostdeutschen erscheint die errungene Freiheit „grauer als der Traum von ihr“. Das Leben in einer freiheitlichen Gesellschaft birgt viele Risiken in sich, ist anstrengend und erfordert immer wieder Verantwortungsbereitschaft, Mut und Elan. Im Osten Europas trifft dies unzählige Menschen noch viel dramatischer.

Da ist es wichtig, sich von Enttäuschungen nicht lähmen zu lassen. Freiheit ist ein Geschenk; sie muss aber auch gestaltet werden. Stellen wir uns darum tatkräftig und hoffnungsvoll den Herausforderungen, die sich damit verbinden, und vergessen wir dabei auch die nicht, die zu Opfern der Freiheit geworden sind und keine Kraft mehr haben, um eigenverantwortlich handeln zu können.

Wie es „damals“ war



Werner D'Inka ist Herausgeber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und Mitglied im Beirat von n-ost.

Am Eingang zum Gorki-Park in Rostow am Don steht ein großes Denkmal. Wer der Mann auf dem Sockel sei, fragt ein Junge seine Großmutter. „Das ist Wladimir Iljitsch Lenin. Er hat in unserer Geschichte eine große Rolle gespielt“, antwortet die Oma. „Ach, der ist das“, entgegnet der Enkel. „Papa sagt immer, der sei ein Massenmörder.“

Die Generation der jetzt in Osteuropa Heranwachsenden kennt den Kommunismus nur noch vom Hörensagen. Erzählungen ihrer Eltern, wie es „damals“ war, als Verwandte aus dem Westen Nylonstrümpfe, Waschpulver und Kaffee schickten, klingen für die Teens und Twens von heute wie Geschichten von einem anderen Stern. Und viele, die sich ein eigenes Urteil über jene Zeit bilden wollen, werden allein gelassen. „Viele tschechische Gymnasiasten verlassen die Schule, ohne dort ein Wort über die Zeit des Kommunismus gehört zu haben“, lesen wir in diesem Buch. Aber wir erfahren auch, dass Rumänien hier schon einen Schritt weiter ist.

Wer die Berichte der n-ost-Korrespondenten liest, merkt rasch, dass es „das“ Osteuropa nicht gibt. Einige Länder sind Teil der Europäischen Union, andere suchen ihren Weg. Noch vielfältiger als die Länder sind die Menschen, die wir kennenlernen - von Lettland bis zur Ukraine und von Bukarest bis Zagreb. Wie erlebten sie die Zeit des stürmischen Aufbruchs nach 1989, in der alles möglich schien? Wer schaffte es, sein Leben in die eigenen Hände zu nehmen, und wessen Hoffnungen wurden enttäuscht? Zwar schimmern in den Berichten die großen Gesellschaftsentwürfe durch, aber in erster Linie geht es um Menschen, um ihren Alltag, ihre Sorgen, ihre Träume, ihre Courage, ihre Ansichten, ihr kleines oder großes Glück. Wir empfinden die Wut und Verbitterung derjenigen, die erleben, wie die Figuren von gestern in Politik und Wirtschaft wiederkehren. Wir lernen verstehen, warum epochale Umbruchsituationen zwar viele Gewinner hervorbringen, aber auch Verlierer hinterlassen. Und wir freuen uns mit der jungen Polin, die sagt: „Heute bietet mir Warschau mehr Chancen als London.“

Die Artikelserie entstand aus der Zusammenarbeit zwischen Renovabis und dem Korrespondentennetzwerk n-ost. Eine gelungenere Kooperation lässt sich kaum vorstellen. Renovabis, die Solidaritätsaktion der deutschen Katholiken mit den Menschen in Mittel- und Osteuropa, unterstützt seit 1993 Partner bei der pastoralen, sozialen und zivilgesellschaftlichen Erneuerung in Osteuropa. Die Korrespondenten von n-ost vermitteln uns eine authentische Anschauung aus über 20 Ländern, die sie uns im eigentlichen Wortsinne nahebringen. Daraus ist dieses Buch entstanden. Wer es liest, begibt sich auf eine wahre Bildungsreise.

Die Ameisenhändler vom Bahnhof Zoo

Über die molekularen Bewegungen,
die der Wende von 1989 vorausgingen



Außenansicht **Bahnhof Zoo** in Berlin

Der Blick auf die „historischen Augenblicke“ lässt alles andere unsichtbar werden. Das strahlende Licht, das von solchen Momenten ausgeht, blendet oder macht wenigstens unempfindlich für das, was sich sonst noch ereignen haben könnte. Man muss nur in den Zeitungen der Jahre 1988 oder 1989 oder in den Notizbüchern von damals blättern, um sich davon zu überzeugen, wie reduziert das heroische Bild ist, das wir uns im Nachhinein vom Jahr 1989 machen. In den Notizbüchern steht nichts von einem historischen Augenblick, sondern von Arztterminen, Vortragsverpflichtungen und Elternabenden. ... Reduktionen, Verallgemeinerungen sind unvermeidlich, wir können ohne sie nicht denken, nicht leben. Aber es wäre schlimm, wenn wir vergessen würden, dass es sich um Reduktionen handelt. Was bedeutet das für 1989 und für eine Geschichtsschreibung dieses Jahres? ... In meiner Erinnerung verbindet sich

die Empfindung, dass 1989 die alte Zeit abgelaufen war, nicht mit dem Mauerfall am 9. November – jene Nacht, so „wahnsinnig“ sie war, war nur die Beglaubigung. Hier wurde nur sanktioniert, was schon entschieden war – vorher und anderswo. Ich verbinde mit dem Ende der Epoche andere Daten, andere Orte, anderes Personal. Sie kommen in den allerneuesten Meistererzählungen nicht vor.

Dem Fall der Mauer ging eine lange Arbeit der Erosion und Zermürbung voraus. Sie ist für mich verbunden mit den Bewegungen des Ost-West-Expresses, auch Paris-Moskau-Express genannt. Irgendwann in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre verwandelte sich dieser Zug in einen Shuttle zwischen Moskau und West-Berlin, und der Bahnhof Zoologischer Garten verwandelte sich aus einem exotischen Fernbahnhof in einen großen Umschlagplatz des in Gang kommenden Ost-West-Ameisenhandels. Bahnhof Zoo, ein Erinnerungsort West-Berlins par excellence, Endstation von jungen Leuten, die sich aus Westdeutschland absetzten, Studenten, allerlei fahrendem Volk, letzter Fernbahnhof, über den die Insel mit dem Rest des Kontinents verbunden war, Durchgangsstation für Züge mit exotischen Aufschriften – Warszawa-Hoek van Holland-London Victoria Station, Paris-Moskau, Oostende-Leningrad, Aachen-Kiev – aber ansonsten eine Endstation für viele, die aus der Bahn geworfen waren, deren Geschichte Christiane F. in „Wir Kinder vom Bahnhof Zoo“ erzählt hat. ... Aber Mitte der 1980er Jahre passierte hier etwas, nicht Weltgeschichte, sondern jene molekulare Bewegung, aus der auch Weltgeschichte gemacht wird. Studenten der Dritten Welt, vorzugsweise der Moskauer Patrice Lumumba Universität – angehende Ingenieure, Agronomen, Architekten, Wasserbauspezialisten – nutzten die neue Reisefreiheit, das Privileg ihrer Pässe und den Sonderstatus der „selbstständigen Einheit Westberlin“, in der nicht westdeutsches, sondern alliiertes Recht galt, um die Insel zu besuchen. Es bedürfte einer „dichten Beschreibung“ jenes Vorgangs, der hier nur dem Augenschein und der Erinnerung nach aufgerufen werden kann. Es scheint ein gutes Geschäft gewesen zu sein, sonst hätte es nicht stattgefunden. Mit ihren Devisen, zu denen sie eher Zugang hatten als sowjetische oder polnische Bürger, deckten sie sich in Westberlin ein mit besonders gefragten Waren: Unterhaltungselektronik, Kühlschränke, modische Accessoires, Bücher. Zurück in Moskau wurden die Waren aus West-Berlin mit einem Aufschlag weiterverkauft. Die Nachfrage war unbegrenzt, man konnte sein Studium finanzieren und vielleicht sogar wohlhabend werden.

Am anderen Ende entwickelte sich eine Basarstadt. Die Kantstraße bis hinauf zur Neuen Kantstraße verwandelte sich ab Ende der 1980er-Jahre in einen einzigen Basar. Ein Elektronikgeschäft reihte sich ans andere, die Ware wurde auf dem Trottoir aufgestellt, Export-Import-Firmen schossen aus dem Boden, ein nicht abreißender Strom von Käufern zwischen Bahnhof Zoo und Kantstraße. Zuerst kamen die Moskauer Studenten aus den kommunistischen Bruderstaaten – Schwarzafrikaner, Moçambiquaner, Kubaner – später auch die Russen und dann auch die „neuen Russen“ mit ihren Cafés, Immobilien, Spielhöllen, Modegeschäften.

West-Berlin erwachte unsanft aus seinem Inseldasein. „Anwohner“ beschwerten sich, dass es in der einst so ruhigen Kantstraße laut geworden sei, dass man sich seinen Weg bahnen müsse durch all die Verpackungskartons und Einkaufswägelchen. Das Neue kam als Unordnung, die Boulevardzeitungen spielten mit der alt-neuen Angst der West-Berliner vor Unsicherheit und Chaos. Ein neuer Kriminalitätsdiskurs setzte ein. Auf der Kantstraße wurden plötzlich Sprachen gesprochen, die man in West-Berlin jahrzehntelang nicht gehört hatte. Auf dem Fernbahnsteig kam es zu Szenen, die man seit Flüchtlingszeiten nicht mehr erlebt hatte: Gebirge von Kartons und Gepäckstücke, die in die Schlafwagenabteile bugsiert werden mussten.

Aber es handelte sich nicht nur um Meisterleistungen der Logistik. Es bildeten sich neue Routinen aus. Neue Mental Maps – Kantstraße, West-Berlin als neue Adresse – bei den Bewohnern des Ostblocks, aber auch eine Gewöhnung der West-Berliner Insulaner, dass es noch eine Welt außerhalb Westdeutschlands und Mallorcas gab. Das Ende West-Berlins als eine Insel war am sinnfälligsten gekommen, als Tausende von Polen die gottverlassene sandige Fläche des Potsdamer Platzes in einen gigantischen

West-Berlin erwachte unsanft aus seinem Inseldasein.

Marktplatz verwandelten. In jenen Tagen begann die Neubildung der Stadt. All das war Einübung in eine neue Mobilität, in die Veralltäglicung der massenhaften Grenzüberschreitung, die bis dahin ein Abenteuer Weniger gewesen war. Die andere Zeit kam nicht auf Tigerpranken, nicht einmal auf Katzenpfoten, sondern fast unmerklich auf den Rollkoffern der Ameisenhändler. ...

Vorgänge dieser Größenordnung pflegen in der Regel nicht ohne Panik und Hysterie abzugehen. Die Nach-Wende-Gesellschaften haben, wenn man etwas stilisierend von einem Kollektivsubjekt sprechen will, Ruhe bewahrt, haben erstaunlich geistesgegenwärtig reagiert und umsichtig Arrangements für die neue Situation getroffen. Es war gerade eine Mischung aus Aufbruch und vorsichtig-defensiv-abwartendem Erproben der Kräfte, die dazu beigetragen hat, dass das, was im Jargon als „Transformation“ bezeichnet wird, mehr oder weniger gut gegangen ist.

Aber seltsamerweise ist von den Akteuren und Akteurinnen kaum die Rede. Man fühlt sich aufgefordert, noch einmal bei Bert Brechts „Fragen eines lesenden Arbeiters“ nachzusehen: Wer hat es gebaut, das Neue Warschau, das Neue Moskau, das Neue Berlin? Wer hat die Gesellschaften zusammengehalten, als die staatliche und die politische Ordnung aus den Fugen gerieten? Man muss dazu keine großen Archivstudien treiben, da man die „Akteure“ mit bloßem Auge erkennen konnte – vorausgesetzt, man traut seinen Augen. Die Zeit vor und kurz nach 1989 war erfüllt von Probehandeln, Ausprobieren, Improvisieren, wie man mit einer Situation zurechtkommen konnte, in der der Staat schon lange ausgefallen war. Millionen übten sich im Krisenmanagement, bereiteten sich auf den Ernstfall vor, in dem man nicht mehr mit Hilfe von außen oder oben rechnen konnte, sondern nur noch mit sich selbst und seinesgleichen, in der Regel mit der Familie und Freunden. Ein kunstvolles, größte soziale Intelligenz erforderndes, tastendes und doch auch neue Wege nicht scheuendes Krisenmanagement war gefragt. Und es bildete sich jene Chaoskompetenz aus, welche die ehemaligen Bewohner der östlichen Hemisphäre ihren Zeitgenossen im Westen voraushaben – was nun, bei der anstehenden Abwicklung West, durchaus ins Gewicht fallen wird.

Die Lehrmeister der liberalen Marktwirtschaft, die sich in einer „Experimentier- und Laborsituation“ wähnten, wo es doch um Leben und Überleben von Millionen Menschen ging, glaubten mehr an ihre Doktrinen als an die soziale Intelligenz und Krisenbewältigungskompetenz der Millionen, die sich in eine neue Lebensform hineinfinden mussten.

Es ist Zeit, dass endlich die Helden auf den Schauplatz zurückkehren.

Ja, sie hatten nicht einmal ein Organ für die Formen, in denen sich die Kraft der auf die Selbstorganisation zurückgeworfenen und zur Selbstorganisation fähigen Gesellschaft äußerte. Was jene hervorbrachte, war in den Augen der Doktrin-Experten und -Exporteure nicht der

Rede wert, obwohl es an ihnen hing, ob die Gesellschaften in Chaos und Verzweiflung abstürzen oder sich fangen würden. Die Konzepte der Jeffrey Sachs & Co. sind vergessen. Es bleibt die Leistung der vielen, ohne die es zur Katastrophe gekommen wäre.

Es ist Zeit, dass endlich die Helden und Heldinnen auf den Schauplatz zurückkehren, von dem sie die Geschichte der Haupt- und Staatsaktionen vertrieben hat. Es ist ein unendlich großes Ensemble, es kam aus allen Schichten und Klassen, aus Gebildeten und wenig Qualifizierten, aus der alten Elite und aus der Klasse der Aufsteiger. ...

Die großen Augenblicke, von denen die Geschichtsschreibung gewöhnlich handelt, sind ohne das molekulare Geschehen, das sie ermöglicht, nicht denkbar. Und die Europäer, die berufsmäßig für Europa stehen und sprechen, sind gar nichts ohne die unbekannteren Europäer, von denen nie die Rede ist. ...

Eine Gruppe von Aachener Bürgern, Europäer der ersten Stunde, lobte 1949 den Karlspreis aus für „Persönlichkeiten, die den Gedanken der abendländischen Einigung in politischer, wirtschaftlicher und geistiger Beziehung gefördert haben“. In der Liste der seit 1950 Geehrten finden sich mehr oder weniger alle großen Europäer von Graf Coudenhove-Kalergi bis Václav Havel, von Jean Monnet bis zum Euro. Man

kann diese Linie und diese Liste unschwer und ohne größere Fantasie weiterführen. Aber man könnte den Preis auch an jene Menschen verleihen, ohne die jenes Europa, das nach 1989 gewachsen ist, gewiss nicht zustande gekommen wäre.

Anwärter auf diese Verdienste gibt es nicht wenige. ... Es dürften die Reiseunternehmer und Begründer von Billigfluglinien nicht fehlen, die die Landkarte Europas in unseren Köpfen radikal verändert haben, so dass wir jetzt nicht nur wissen, wo Palermo, sondern auch wo Tallinn liegt, nicht nur Lissabon, auch Riga und Odessa. Sie haben dazu beigetragen, dass sich Pendelbewegungen zwischen dem Rhein-Main-Gebiet und Galizien, zwischen Warschau und den englischen Midlands, zwischen Lemberg und Neapel gebildet haben. ...Ganze Volkswirtschaften funktionieren ohne diesen Pendelverkehr nicht mehr. Die Renovierung von Wohnungen, die Pflege von Alten und Gebrechlichen in Städten auch fernab der Grenze liegt bereits in den Händen von über die Grenze pendelndem Personal. ... Es sind die Kriechströme, die Europas Motor in Gang halten. Kaum einer der bisherigen Preisträger hätte das mit mehr Berechtigung sagen können als etwa Eurolines.



Professor Dr. Karl Schlögel lehrt Osteuropäische Geschichte an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder. Der Autor ist Träger des Leipziger Buchpreises zur europäischen Verständigung 2009. Der vorstehende Text ist die gekürzte Fassung eines Beitrags für die Zeitschrift „Osteuropa“ (Ausgabe 2-3/2009).

ARTIKELREIHE I

ZWEI GENERATIONEN TWENS

20-JÄHRIGE VON DAMALS
UND HEUTE IM GESPRÄCH

Hinweis der Redaktion:

Die Schreibweisen von Namen, Orten, Institutionen etc. wurden grundsätzlich so belassen, wie sie von den Autoren/Autorinnen in den n-ost-Originalbeiträgen verwendet wurden.



Diana Ivanova und **Peter Dobrev**
vor dem Denkmal der 1.300-
jährigen Geschichte im Zentrum
der bulgarischen Hauptstadt Sofia

BULGARIEN

Was bleibt ist Traurigkeit

Eine Journalistin und ein Blogger:
Zwei Generationen und ihr Umgang mit dem
„Gefühlserbe“ des Kommunismus

Sofia | Mächtig und strahlend sollte es sein, wie ein Pfeil aus den Tiefen der Vergangenheit in eine unerschütterlich fortschreitende Zukunft weisen. Heute bröckeln die Platten vom Denkmal auf dem Platz vor dem Nationalen Kulturpalast in Sofia, das 1981 die 1300-jährige Geschichte Bulgariens feiern sollte. Das Metallgestell liegt an vielen Stellen bloß.

„Ein Symbol für den Kommunismus“, sagt Peter Dobrev. Für die großen Ambitionen und den unausweichlichen Niedergang. Der 23-Jährige, groß und schmal, die Augen blau, der Blick meist ernst, würde das Denkmal lieber heute als morgen entfernen. Um das dunkle Gefühl loszuwerden, das er spürt, wenn er vorbeigeht. „Ein Dialog mit der Geschichte“, erwidert Diana Ivanova. Weil das Denkmal sich verändert.

Statt ehrerbietiger Blumen schmücken es nun freche Graffiti. Die 40-Jährige mit den fliegenden Locken und warmen dunklen Augen will das Denkmal behalten. Sie mag die Interaktion mit ihm.

Diana Ivanova und Peter Dobrev haben sich bei einem Zeitungsprojekt kennen gelernt. Schnell haben sie ihr jeweiliges Interesse an der Vergangenheit entdeckt. Jetzt planen sie gemeinsame Projekte, beispielsweise eine Untersuchung der Medien zur Zeit der Wende. Auf den ersten Blick überwiegen die Parallelen in ihren Biografien: Zwei sehr talentierte Journalisten, unter den besten ihres Jahrgangs,

**Geh' nicht
auf die Straße, das
ist gefährlich!**

kritisch und unangepasst. Sie sehen, dass der Kommunismus Spuren in der Gesellschaft hinterlassen hat, die kaum beachtet werden. Und beide versuchen sich als Fährtenleser, um mit den Altlasten eines Systems umzugehen, das Peter nur aus Erzählungen kennt, für Diana aber ein halbes Leben bedeutet hat.

Diana Ivanova betrachtet die Vergangenheit wie unter einem Mikroskop, seziiert die einzelnen Bestandteile, dreht und wendet sie, legt sie neu zusammen wie in einem Puzzle. Ein Puzzle, bei dem am Ende das Bild von ihr selbst klarer werden soll, und das Bild ihrer Generation. Zur Zeit der Wende studiert sie Journalismus. Schnell wird ihr klar, dass ihre Zukunft nicht in der „Rabotnishesko Delo“, der kommunistischen Parteizeitung, oder einem der anderen Staatsorgane liegt. Doch bevor sie sich versieht, tritt Staatschef Todor Zhivkov zurück, es folgt die Zeit der Demonstrationen.

Besonders die Versammlung vor dem Parlamentsgebäude am 14. Dezember 1989 ist ihr im Gedächtnis geblieben. Die große Menschenmenge, die ausgelassene Stimmung, die Aufregung über das neue Erlebnis, das Gefühl: Alles ist möglich! Dann die Wut, als das Fernsehen eine Reportage zeigt und von „extremistischen Massen“ die Rede ist. Eine Debatte bricht plötzlich los: Wer sind die Extremisten? Ich bin keine Masse! Die Mutter, die besorgt aus der Provinz anruft und sagt: Geh' nicht auf die Straße, das ist gefährlich!

Es folgen Auseinandersetzungen mit den Eltern. Was bleibt, ist ein tiefer Schock – über die Manipulation der Medien, deren Darstellung von der Wende vor allem das Bild der Menschen in der Provinz prägt. Und die ungeheuerliche neue Freiheit, die für Diana Ivanova vom ersten Moment an bedeutet: die Freiheit zu gehen. Weg von hier, ins Ausland.

Doch stattdessen beginnen drei Jahre voll Enthusiasmus bei einer neu gegründeten Zeitung, beim Fernsehen. „Es waren tolle Teams mit jungen, ehrgeizigen Leuten. Ich habe gespürt, es geht voran, wir können etwas ändern.“ Doch dann kam der Rückschlag: Das Führungspersonal wurde entlassen, plötzlich kamen die alten Gesichter wieder auf die hohen Posten. „Alles ist sehr schnell wieder in alte Bahnen gegangen und wir hatten das idiotische Gefühl: Woran haben wir eigentlich geglaubt?“ 1995 geht sie nach Prag zu Radio Freies Europa. Sieben Jahre bleibt sie dort, fern der Heimat und den Gedanken an die Vergangenheit, bis sie merkt, dass es so nicht geht. Dass sie einen Teil ihrer selbst verdrängt. 2003 kehrt Diana Ivanova nach Bulgarien zurück, um sich mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen.

Peter Dobrev hat mehr Abstand zur Vergangenheit. Für ihn ist sie keine Sinnsuche, sie gerät ihm einfach ständig in die Quere. Immer wieder quillt sie hervor, alles ist noch immer mit ihr verknüpft. Eigentlich hat es sogar nie einen Bruch mit ihr gegeben. Dieselben Protagonisten wie vor der Wende sind noch immer im öffentlichen Leben aktiv, sie bestimmen die Politik, die Wirtschaft. „Gestern habe ich ein Interview im Fernsehen gesehen mit einem ehemaligen Chef der Staatssicherheit“, erzählt er. „Er sollte keine Interviews geben, sondern vor Gericht stehen!“

Die alten Strukturen demotivieren die Jugend. „Es gibt keine Partei, der wir trauen.“ Zwar gehe es seiner Generation ökonomisch überwiegend gut. Viele können zum Studieren ins Ausland gehen, nur wenige sehen sich noch gezwungen, dort auch ihre Zukunft zu finden. „Es gibt trotzdem vieles, was uns nicht gefällt. Aber wir sehen kaum Möglichkeiten, das zu ändern oder es geht nur sehr langsam. Wir sind von der Politik total enttäuscht.“

Peter Dobrevs Interesse am Realsozialismus kommt vor allem durch seine Familie. Sie stand in Opposition zum Regime. Einige Familienmitglieder wurden ins Gefängnis und in Lager gesperrt, einige wurden getötet. Im Gegensatz zu vielen anderen Familien sprach man bei ihm zu Hause darüber. Und im Gegensatz zu vielen seiner Freunde ist für Peter Dobrev die Geschichte nicht wie ein fernes Land aus einer anderen Zeit. Für ihn haben alle Probleme, mit denen sein Land heute zu kämpfen hat, dort ihren Ursprung. Die Korruption, die Armut. „Die Politiker sprechen nicht von der Vergangenheit. Oder sie zeichnen ein idyllisches Bild von ihr, so dass die Frage nach den Schuldigen gar nicht erst aufkommt. Niemand redet von den Lagern. Das ist, als ob sie nicht existiert hätten.“ Ein Affront für die Familie und alle, die unter dem Regime gelitten hätten. Und eine der vielen Enttäuschungen, die sich seit 1989 der meisten Bulgaren bemächtigt haben wie ein Virus, der langsam aber sicher die Gesellschaft lahm legte.

Enttäuschung und Traurigkeit – dieses Gefühlserbe raubt Peters Generation den Mut zu kämpfen, Dianas Generation ist gefangen in ihm. In der Traurigkeit darüber, dass sie nicht wussten, wie sie den großen Enthusiasmus in etwas Konkretes umsetzen konnten. Darüber, dass so viele ins Ausland gegangen sind und die Möglichkeit versäumt haben, das Land zu ändern. Dass viele keinen Weg gefunden haben, mit der neuen Freiheit umzugehen. Eine Traurigkeit über die eigene Schwäche und Hilflosigkeit. Zu sehen, was alles nicht passiert ist. Dass sie so unvorbereitet waren. Eine Traurigkeit zu erkennen, wie Bulgarien wirklich ist, abseits der einstigen Propaganda vom Schönen, Guten, Großen. Dass es Behinderte gegeben hat, dass es Lager gegeben hat, dass sie so vieles nicht gewusst haben.

„Wir haben in einer Scheinwelt gelebt“, sagt Diana zu Peter. „Wir waren so davon geprägt, nur das Schöne zu sehen und danach zu streben. Für mich war es ein Schock, und für viele ist es noch immer schwierig, das ganze Hässliche, was nach der Wende hochkam, zu akzeptieren.“ Protest wurde für die Älteren, die ihre Hoffnungen bereits hinter sich hatten, bald zur schmerzvollen Farce, erzählt Diana. „Und die Jungen, sie wissen nicht, wofür Proteste ihnen helfen sollen in einem korrupten System“, erwidert Peter. „Und es gibt für uns junge Menschen noch immer keine Tradition, für unsere Rechte zu kämpfen.“

Diana und Peter haben für sich Möglichkeiten gefunden, die erlebte Ohnmacht zu überwinden. Diana Ivanova initiiert Projekte, damit die Erlebnisse aus dem Sozialismus ihren Weg ins kollektive Gedächtnis finden. „Die persönlichen Geschichten, was der Sozialismus für jeden einzelnen bedeutet hat, sind nie erzählt worden“, sagt sie. „Wir haben immer nur ‚wir‘ gesagt, oder ‚die anderen‘ – nie ‚ich‘.“ Auf der Webseite ‚Ich lebte Sozialismus‘ sammelte Diana mit befreundeten Kollegen Erinnerungen an Erlebnisse aus der Zeit des Sozialismus. „Dieser Rahmen hat vielen Leuten den Mut gegeben, allmählich darüber zu sprechen.“

„Wir haben in einer Scheinwelt gelebt“, sagt Diana zu Peter.

Peter hat seinen eigenen Kopf, den er sich auch von keinem Chefredakteur verbiegen lassen will. Ein Stipendium von einer der großen bulgarischen Boulevardzeitungen lehnte er ab. Der Chefredakteur sei schließlich auch einmal bei der Stasi gewesen. Stattdessen schreibt er seine eigenen Blogs. Und dort wirft er immer wieder Themen auf, die er in den Massenmedien nicht findet, oder nur einseitig behandelt sieht. Er steht in regem Austausch mit einer Bloggerszene, die stetig wächst. „Auf diese Weise entwickelt sich auch die Zivilgesellschaft. Denn in den Blogs kann man Meinungen lesen, die in den normalen Medien einfach nicht vorkommen.“

Das Denkmal vor dem Nationalen Kulturpalast in Sofia, so stimmen beide überein, es enthält letztlich all das: die Traurigkeit, die Kontinuität, die Resignation und auch den Neuanfang. Heute ist der Ort vor allem eins: ein Treffpunkt für Jugendliche mit Skateboards oder Fahrrädern, Mütter mit Kindern, Alten und Jungen. Es müsste gelingen, den jungen Leuten die Erfahrungen weiterzugeben und dadurch die eigene Isolation zu durchbrechen, sagt Diana Ivanova. Von den Älteren lernen, um die Situation besser zu begreifen, das wäre wichtig, sagt Peter Dobrev. Für beide ist das schon ein Stück Wirklichkeit.



Der 21-jährige **Dominik Musulin** studiert Jura und will Anwalt werden – genau wie seine Mutter Blaženka.

Foto: Veronika Wengert

KROATIEN

Als gäbe es kein Morgen

Eine kroatische Anwältin und ihr Sohn sprechen über ihre Zeit als Twens – früher und heute

Zagreb | Die grauen Bürgerhäuser in der Innenstadt von Zagreb könnten einen neuen Anstrich vertragen: Schwarze Zickzack-Graffiti an fast jeder Häuserwand, die in krassem Gegensatz zu den Stuckschnecken über den Eingangstoren der alten Wiener Baumeister stehen. Vor solch einer Fassade rangiert Dominik Musulin gerade seinen Wagen ein. Der 21-Jährige klingelt an einer Doppelflügeltür mit geschmiedeten Zierstäben. Im Treppenhaus riecht es nach Bohnerwachs. Dominik nimmt gleich zwei Stufen auf einmal, vorbei an blühenden Primeltöpfen. Und wird, oben angekommen, von seiner Mutter bereits erwartet. Die 42-jährige Blaženka Musulin hat sich ihr Anwaltsbüro hier eingerichtet: eine weitläufige Altbauwohnung mit Stuck und modernem Flachbildschirm im Warteraum, in dem die Mandanten mit westlicher Popmusik beschallt werden. Fünf Mitarbeiter beschäftigt sie mittlerweile – das Rechtsgeschäft mit Verkehrsdelikten und Unfällen scheint zu laufen.

Das sei nicht immer so gewesen, sagt Blaženka. Die politische Wende im früheren Jugoslawien habe Anfang der neunziger Jahre eine Hundertschaft von Rechtsanwälten auf den freien Markt geschwemmt. Der junge Nationalstaat Kroatien mit seinen knapp viereinhalb Millionen Einwohnern passte in ein weitaus schlankeres Verwaltungskorsett. Entsprechend hätten sich viele staatliche Behörden von ihren Anwälten getrennt – sei es nun aus verwaltungstechnischen oder politischen Gründen. Vielen sei damals nur die Freiberuflichkeit als Ausweg geblieben. Auf dem Markt war es eng, als sie ihre Kanzlei 1993 eröffnete, erzählt die Anwältin.

Dominik kennt die Berufsanfänge seiner Mutter nur aus Erzählungen. Er ist in ihre Fußstapfen getreten und studiert Jura. Das sei das Einzige gewesen, was für ihn in Frage gekommen sei, sagt er. Als Dominik im Sommer 1988 geboren wurde, trennten Blaženka noch drei Prüfungen von ihrem ersten Staatsexamen.

Die wirtschaftliche Krise im Land spitzte sich zu und mündete 1989 in einer galoppierenden Inflation. Selbst für ein Laib Brot wurden auf einmal Beträge mit mehreren Nullstellen vor dem Komma fällig. Die soziale Unzufriedenheit und die zunehmenden ethnischen Spannungen ließen den Vielvölkerstaat zerbrechen, als Dominik noch ein Kleinkind war. Was anderswo in einer friedlichen Revolution mündete, eskalierte in Jugoslawien – es kam zum Krieg, mitten in Europa. Zagreb galt als Angelpunkt, viele Menschen aus den umkämpften Landesteilen kamen in die Hauptstadt. Das Bild der Stadt habe sich seither gewandelt, sagt Blaženka.

Die Studentin von früher und der Student von heute. Gibt es hier überhaupt Parallelen? Blaženka erinnert sich an Fächer wie Marxismus, mit denen die Studentenschaft auf den richtigen sozialistischen Pfad gebracht werden sollte. Und an Volkswehr. Das sei bereits an Schulen unterrichtet worden: Das Wissen um die Verteidigung des Staates, der Ideologie oder einfach nur sich selbst. Notfalls mit Waffengewalt. Was heute Pädagogen auf die Barrikaden treiben würde, gehörte für Blaženka und ihre Generation zum Lehrplan: Schießübungen mit einer wuchtigen russischen Kalaschnikow – und das mit gerade mal 15, 16 Jahren.

Schulausflüge führten meist zu Orten, die für die Partisanen bedeutsam waren. Gotteshäuser hingegen, selbst berühmte Bauwerke wie die Kathedrale von Šibenik, wurden bei Exkursionen einfach verschwiegen. „Kirche war im öffentlichen Leben kein Thema“, erinnert sich Blaženka, die wie die meisten Kroaten katholisch ist. Zu Hause in den eigenen vier Wänden habe man selbstverständlich christliche Feste wie Weihnachten gefeiert.

Und in den Semesterferien wurde gemeinsam mit anderen Teens und Twens mit angepackt – zum Wohl der Gesellschaft. Dort, wo später einmal eine Schnellstraße entstehen sollte, ebneten hunderte junger Menschen aus ganz Jugoslawien Wiesen und Grundstücke. Bei diesen Arbeitscamps, den „radne akcije“, wurde buchstäblich Völkerfreundschaft praktiziert, da hier hunderte von jungen Menschen aus allen Teilrepubliken Jugoslawiens zusammen kamen. Tagsüber wurde gearbeitet, abends fanden Konzerte und Kinoveranstaltungen statt – die Blaženka einen Sommer lang im Organisationskomitee mit plante. Die Camps wurden sogar als Praktikum angerechnet.

Dominiks Studienzeit prägen unterdessen ganz andere Dinge: Die neuen Bologna-Bestimmungen werden gerade umgesetzt, die das kroatische Bildungssystem an das gesamteuropäische anpassen sollen. Denn schließlich hängt Kroatien in der Warteschleife auf Brüssel. Das bedeutet nun auch für die Studenten eine Umorientierung – und eine Verlängerung der Studienzeit von vier auf fünf Jahre. An seiner Fakultät sei dies jedoch gut geregelt worden, während Studenten an anderen Fakultäten ratlos gewesen seien, wann und ob ein Kolloquium zu belegen sei. Die Semesterferien verbringt Dominik mit seinen Freunden am Meer oder auch mal beim Skifahren in Frankreich. Woanders leben? Nein, das wolle er nicht. Kroatien sei für ihn ein freies und modernes Land, in dem alles möglich sei. In den Zeitungen werde frei berichtet, es gebe

Gotteshäuser wurden
bei Exkursionen
einfach verschwiegen.

keine Informationsfilterung oder Zensur. Man könne ausgehen, Spaß haben, das Leben in Zagreb sei relativ sicher. Und zudem würden hier Freunde und Familie leben, die ihm sehr wichtig seien, sagt Dominik.

Auch wenn sich das ideologische Fähnchen im Wind gedreht hat – die Fakultät von Mutter und Sohn ist die gleiche geblieben. Sie gehört zu den beliebten Fotomotiven von Zagreb-Touristen: Ein pastellgelbes herrschaftliches Gebäude mit seitlichen Treppenaufgängen, direkt am Marschall-Tito-Platz gelegen. Ein Ort, der aufgrund seiner Namensgebung immer mal wieder die Anhänger und Gegner des ehemaligen jugoslawischen Staatschefs versammelt. Die einen fordern auf Transparenten die Beibehaltung des alten Namens, die anderen sind dagegen – und würden das Phänomen Josip Broz Tito am liebsten in der Motenkiste der Vergangenheit verschwinden lassen.

In den achtziger Jahren wurde das Benzin im Land zeitweise knapp.

Kumrovec gewesen: ein liebevoll gepflegtes Ethnodorf mit Maiskolben an den Dachbalken, freilaufenden Hühnern, weiß getünchten Hauswänden und Pflastersteinen. Hier wurde Tito geboren, sein Holzbett kann in einer kargen Stube noch besichtigt werden. Es sei ein netter Ausflug gewesen. Dennoch habe er keinerlei Empfindungen gehabt, weder positiv, noch negativ – da er überhaupt keinen Bezug zu Tito habe, sagt Dominik. Den heutigen Twens bedeute die Geschichte weitaus weniger als ihrer Generation früher, hält Blaženka dagegen.

Blaženka erinnert sich noch deutlich an den Sozialismus. In den achtziger Jahren wurde das Benzin im Land zeitweise knapp. „Damals durften an bestimmten Tagen nur Fahrzeuge mit geraden, an anderen Tagen die mit ungeraden Nummern fahren“. Diese Restriktionen habe man unter dem Schlagwort „Stabilisierung der Wirtschaft“ verpackt. Wer Verwandtschaft im Ausland hatte, ließ sich Nylonstrümpfe, Waschpulver oder Kaffee mitbringen. Denn diese Produkte waren knapp und extrem teuer. Zwar habe es in Jugoslawien immer alles gegeben, doch manches sei von minderwertiger Qualität gewesen. So wie Babywindeln, made in Jugoslavia. „Manchmal riefen die Leute im Radio an und sagten, dass es in diesem oder jenem Laden noch gute Windeln zu kaufen gäbe“, erinnert sich Blaženka an 1989, als Dominik noch ein Baby war und die sozialistische Welt ins Wanken geriet. Wer es sich leisten konnte, fuhr daher zum Einkaufen ins österreichische Graz oder ins italienische Triest. Windeln, Waschpulver, Damenbinden, Kaffee, Zucker oder Nylonstrümpfe – die Einkaufsliste war damals lang.

Und scheint es heute noch zu sein, nachdem das junge Kroatien seit nunmehr bald zwei Jahrzehnten auf eigenen Beinen steht. Allerdings nur auf den ersten Blick. „Die Menschen in Zagreb kaufen teure Markenkleidung, neue Autos und Wochenendhäuser am Meer oder in den Bergen“, erzählt Blaženka. Der Samstag werde im Café verbracht, möglichst auf der Straße, um gesehen zu werden und zu einer gewissen urbanen Elite zu gehören. Vieles habe sich heutzutage nur auf Äußerlichkeiten und Statussymbole reduziert. Vielleicht liege es daran, dass die Menschen in Kroatien im vorigen Jahrhundert mehrfach ihre politischen Ideale, aber auch ihre gesamten Ersparnisse verloren hätten. Man sei es nicht wirklich gewohnt zu sparen. „Daher verhalten wir uns in unserem Konsumverhalten vielleicht manchmal, als gäbe es kein Morgen“, sagt Blaženka. Denn schließlich wisse man nie, was noch komme.

Ein Porträt von n-ost-Korrespondentin **Veronika Wengert**, Zagreb

An solchen Protesten beteiligt sich Dominik nicht. „Das ist heute einfach Geschichte, im Bewusstsein meiner Generation ist es völlig vergessen“, sagt er. In manchen Fächern an der Schule oder Universität, aber auch mal im Fernsehen – da sei Tito ein Thema, sonst nicht. Dennoch sei er mit seiner Schulklasse vor einigen Jahren in



Artur und seine
Frau **Kristine**

LETTLAND

Was sich geändert hat, ist die Fahrtrichtung

Artur Stalazs blickt ernüchtert auf die letzten 20 Jahre in Lettland, seine Schwester Maija indes genießt die Freiheit, die sie selbst nicht erkämpfen musste

Riga | Im Januar 1991 versammelten sich in Riga etwa 500.000 Menschen um für ihre Freiheit und für die Unabhängigkeit von der Sowjetunion zu demonstrieren. Sie errichteten Barrikaden, positionierten Wachen vor strategisch wichtigen Gebäuden und verbarrikierten das Rundfunkhaus und den Fernsehturm. Mit dabei waren auch Janis Stalazs und seine Frau Gunta, die am Funkhaus und am Freiheitsmonument Stellung hielten, während ihr Sohn, der damals 15-jährige Artur, gemeinsam mit dem Rest der Familie

angespannt vor dem Radio saß und die Berichterstattung über die Geschehnisse verfolgte. Die Situation war unübersichtlich, geradezu chaotisch, erinnert sich Artur. Niemand wusste genau, was auf ihn zukommen würde.

Die Altstadt von Riga verwandelte sich in eine Hochburg des Protests. Die Spannungen in der Bevölkerung stiegen. In der Nacht vom 20. Januar folgten die ersten Schüsse, als Sicherheitsleute der Spezialeinheiten der OMON-Milizen versuchten, das besetzte Innenministerium zu stürmen. Maschinengewehrsalven knatterten in die Stille der Nacht hinein, es gab Tote. Was die Menschen damals noch nicht ahnten: Der Vorfall sollte der Anfang vom Ende der sowjetischen Okkupation Lettlands sein.

Ein Jahr, nachdem Ostdeutschland seinen Beitritt zur Bundesrepublik vollziehen konnte, fanden im Sommer 1991 die drei baltischen Republiken ihre Unabhängigkeit wieder. An einer Stelle neben dem lettischen Parlament, Saeima, dort, wo einst die Barrikaden standen, ist nun ein kleines Monument errichtet worden, das an die Geschehnisse von damals erinnert. Fast jeden Tag liegen an der Gedenkstätte frische Blumen. Auch Artur und seine Frau kommen jedes Jahr dorthin, um Blumen niederzulegen. Für das junge Paar ist die Geschichte ebenso wichtig wie ihr Familienglück und ihre Zukunft.

Achtzehn Jahre nach der Wende in Lettland ist Artur Doktorand und lehrt Biologie an der naturwissenschaftlichen Fakultät der Lettischen Universität. Er liebt die Vielfalt in der Natur. Fasziniert ist er vor allem davon, so sagt er, dass die äußerst komplexen Systeme in der Natur in der Lage sind, ein gewisses Gleichgewicht zu bewahren oder dieses, wenn es gestört worden ist, wiederherzustellen oder sich neuen Umständen anzupassen. Er bezieht diese Sichtweise auch auf Prozesse in der Gesellschaft in der Folge der Ereignisse jener dramatischen Tage.

„Niemand war damals davon überzeugt oder dachte, dass die Proteste das Ende der sowjetischen Okkupation bedeuten würden.“ In den folgenden Monaten blieb die Lage ruhig, wenn auch angespannt. Die Menschen gingen ihrem normalen Leben nach, zur Arbeit, zur Schule, während sich die politische Situation im Lande veränderte. Im August 1991, als in Moskau die russischen Kommunisten in einem versuchten Staatsstreich den letzten, erfolglosen Versuch unternahmen, den Zerfall der Sowjetunion aufzuhalten, nutzten die baltischen Staaten die Gunst der Stunde und entzogen sich dem Diktat Moskaus. Mit dem Ende der sowjetischen Herrschaft öffnete sich für Lettland die Tür zum Westen.

Mit dem Ende der sowjetischen Herrschaft öffnete sich für Lettland die Tür zum Westen

Die nüchterne Bilanz nach knapp zwanzig Jahren Leben in Freiheit sei, sagt der heute 34-jährige Artur, dass das lettische Volk sich nicht nur mit dem verheerenden Erbe des Kommunismus, sondern auch mit den negativen Folgen des ungezügelter Kapitalismus aus-

einandersetzen musste. Im Wirkungsfeld dieser beiden Systeme und unter dieser doppelten Belastung habe die lettische Gesellschaft noch keineswegs den Weg zur Normalität gefunden. Probleme seien die sich aus den kommunistischen Zeiten nun unter anderen Vorzeichen etablierende Vetternwirtschaft und die moralische und politische Unreife der Gesellschaft. Einer Gesellschaft, in der Freiheit als Anarchie missverstanden wird, als wäre im Kapitalismus alles erlaubt, was dem Eigenwohl dient. Diese, sagt Artur, folgenschwere Fehlinterpretation der Demokratie sei bis in die Führungsetagen zu beobachten. In Arturs Stimme ist die Enttäuschung über diese Entwicklung deutlich zu spüren. Ernüchtert fügt er hinzu: „Was sich im wesentlichen geändert hat, ist die Fahrtrichtung. Früher fuhren wir ohne Visum in den Osten, heute in den Westen.“

Mit halblauter Stimme ruft Arturs Mutter, in einem alten Sessel sitzend, ihrem Sohn zu, „dass sich, trotz der Rhetorik der Politiker, gar nichts ändern wird“. Dabei hebt sie die Hand und macht eine abfällige Bewegung zum Boden hin, als wenn sie damit das gesamte System zur Seite schieben könnte. Sie ist vertieft in ihre Gedanken an die damalige Zeit, schaut stumm auf die Wand. Auch Arturs Eltern hatten sich wie viele andere Letten aktiv dem friedlichen Volksaufstand angeschlossen. Ihre Reaktion lässt erah-

nen, wie groß die damaligen Hoffnungen gewesen sein müssen und wie groß die heutige Resignation ist. Ganz wie seine Mutter möchte Artur sich nicht geschlagen geben. Die gesellschaftlichen Verhältnisse ändern sich in Lettland, auch wenn dies oft nur in einem Schnecken-tempo geschieht. Für ihn ist es wichtig, seine Rechte und Einflussmöglichkeiten an der Wahlurne wahrzunehmen. Mit Blick auf die kommenden europäischen Parlamentswahlen hofft er, dass sich das europäische Ausland mehr in den baltischen Staaten engagiert und mehr Druck auf die politische Führung ausübt, damit diese beständiger gegen Korruption und Vetternwirtschaft vorgeht und dringende Reformen einleitet. In Arturs Augen ist der lettische Staat alleine nicht in der Lage, der politischen und wirtschaftlichen Probleme des Landes ohne Druck von außen Herr zu werden.

Arturs Schwester Maija macht sich über die ganze Aufregung und die Äußerungen ihres älteren Bruders lustig, „ein typischer Großstädter“ sagt sie lachend und blickt dabei verlegen zur Seite. Die 24-Jährige wohnt gemeinsam mit ihrem Mann und zwei Kindern in einem kleinen Dorf auf dem Lande. Sie ist in ein freies Lettland geboren worden. Ein Lettland, das seine nationale Identität aus der friedlichen Existenz seiner Bürger und aus ihren kulturellen Gemeinsamkeiten ableitet. Das, was in Lettland für den gesellschaftlichen Zusammenhalt sorgt, ist der Gemeinschaftsgeist, der sich besonders in den traditionellen Tanz- und Sängerefesten, in den Volksliedern, in den vielen Festen wie zum Beispiel dem Mittsommerfest „Ligo und Jani“ äußert und maßgeblich zur Bewusstwerdung der lettischen Nation beiträgt.

Für Maija haben diese Werte eine besondere Bedeutung. Sie nimmt das Leben gelassen, liebt Lettland und seine wunderschöne Natur. Deswegen hat sie sich bewusst für das Leben auf dem Lande entschieden. Die Geschichte ist für sie nicht so wichtig und auch die Tagespolitik spielt für sie nur eine untergeordnete Rolle. „Ein friedliches Leben, eine glückliche Familie, und ein Dach über dem Kopf, ist das, was zählt“, sagt sie. Diese äußerst pragmatische Sicht auf die Dinge des Lebens teilt sie mit vielen ihrer Altersgenossen. Dennoch ist sie sich über die Bedeutung der erlangten Freiheit bewusst: „Selbstständig Entscheidungen treffen zu können und Verantwortung für das eigene Leben zu tragen, das sind die Freiheiten, die wir mit der Revolution erkämpft haben.“

Für Maijas Generation der heute 20-Jährigen ist diese Freiheit eine Selbstverständlichkeit. Was bisher auf der Strecke geblieben ist, sind zukunftsweisende Visionen und Strategien. Diese haben auch heute noch keinen festen Platz im politischen Diskurs gefunden. Pragmatismus und Populismus gehen Hand in Hand. Die Normen und Werte einer freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft, sagt Artur, würden nur unzureichend gelehrt. Dazu komme, dass die jungen Erwachsenen keine eigenen Erinnerungen an das totalitäre System haben. Das schaffe Platz für eine Kultur der Verharmlosung, die den vielen Opfern der Gewaltherrschaft in keiner Weise gerecht wird. „Möchte Lettland eine bessere Zukunft haben“, sagt Artur, „dann gehört dazu genauso eine lückenlose Aufklärung der Geschichte wie auch der Wille des Volkes, sich in die politischen Prozesse des Landes aktiv einzubringen.“

*Ein Porträt von n-ost Korrespondent **Thorsten Chr. Pohlmann**, Riga*



Äußerlich sind sich die beiden Schwestern **Beata** (39) und **Monika** (21) sehr ähnlich. Doch ihre Jugend haben sie komplett unterschiedlich verbracht.

Fotos: Krystyna Tulej

POLEN

Ähnlich ist nur das Äussere

Zwei Schwestern aus Warschau, 39 und 21 Jahre alt, sind in zwei verschiedenen Staaten aufgewachsen, die beide Polen heißen

Warschau | Auf den Kinderfotos sehen sie sich verblüffend ähnlich: helle Augen, dunkle Haare und Grübchen beim Lächeln. „Von Mama geerbt“, sagen sie einstimmig. Gemeinsame Eltern, dasselbe Zimmer sogar. Doch dann ist Schluss mit Ähnlichkeiten. Denn die zwei Schwestern Banak aus Warschau trennen fast 20 Jahre: Beata ist Jahrgang 1970, Monika Jahrgang 1988.

6. Februar 1989, Rosenmontag. Der einzige staatliche TV-Sender in Polen berichtet vom Runden Tisch in Warschau. Die Opposition und das Regime reden miteinander, im Kreis sitzend, über die Zukunft Polens. Dann geht es in den Nachrichten um die chronischen Defizite bei der Toilettenpapierlieferung. In der Krankenschwesternschule in Warschau, wo die 19-jährige Beata Banak lernt, wird an diesem Tag auch heftig diskutiert. Doch es geht um Studniowka, einen traditionellen Ball, der am Samstag zuvor, hundert Tage vor dem Abitur, stattfand. An demselben Tag, als der Runde Tisch aufgebaut wurde. Doch der ist für Beata und ihre Mitschülerinnen nicht mehr als ein gewöhnliches Möbelstück.

20 Jahre später sitzt Beata wieder in ihrem alten Zimmer. „Schockiert? Nein, das waren wir damals nicht.“ Beata lächelt und kneift die Augen zusammen. „Wenn man die Politiker heute hört, hat man den Eindruck, ganz Polen zitterte damals im Revolutionsfieber. Doch die meisten waren mit ihren alltäglichen Problemen beschäftigt.“ Das waren im Jahr 1989 Toilettenpapier, Kartoffeln, Mehl und tausend andere Waren, die es nicht zu kaufen gab.

Manchmal zweifelt Beata an ihrem Gedächtnis, wenn sie heute in Interviews Zeitzeugen hört. Alle sprechen von einem Wunder und von Solidarität. Vielleicht war ihre Umgebung eine Ausnahme? „Dann schaue ich aber auf die Wahlbeteiligung im Wendejahr: 62 Prozent. Zeigt das eine Euphorie?“ Ihre Stimme klingt ironisch. Auch sie hat damals gewählt, es waren die ersten Wahlen in ihrem Leben. Sie ging hin – teilweise aus Tradition („Im Kommunismus war Wählen eine Pflicht.“), teilweise aus Trotz: „Nach dem Motto: Jetzt zeigen es wir ihnen.“

„Überzeugte Idealisten gab es damals auch“, gibt Beata zu. Die glaubten, ab jetzt werde alles gut. Wie ihr Kumpel aus Grundschulzeiten, der mit einem Solidarność-Pin in der Jackenklappe herumliefe und Wahlplakate aufhängte. „Über Leute wie ihn sprach man wie über einen engagierten Pfadfinder. Man fragte sich, was er davon hat.“ Vielleicht, glaubt Beata heute, habe die Euphorie gefehlt, weil sich viele Polen kaum etwas von den Gesprächen am Runden Tisch und den Wahlen versprachen, vor allem keinen Systemwechsel. 1956, 1968, 1970 und schließlich 1980 – immer wieder gab es Momente der Hoffnung, aus denen nichts geworden ist. „Wir dachten 1989 wohl, dieses Mal wird es ähnlich.“

Überzeugt hat Beata schließlich der Joghurt. Im Sommer 1989 wurden die bis dahin planwirtschaftlich feststehenden Preise auf marktwirtschaftliche umgestellt. Der kleine Konsum bei den Banaks um die Ecke hatte drei Tage lang geschlossen. Nach der Wiedereröffnung erlitt Beata förmlich einen Schock: Die Regale waren voll. „So viele Geschmacksrichtungen von Joghurt!“ Früher gab es nur drei: Natur, Vanille und Frucht. An diesem Tag war Beata überzeugt: „Es hat sich dieses Mal tatsächlich etwas geändert.“

An diesem Tag war Beata überzeugt: „Es hat sich dieses Mal tatsächlich etwas geändert.“

Der 6. Februar 2009 ist ein Freitag. Im Parlament und beim Präsidenten wird der 20. Jahrestag des Runden Tisches gefeiert. Getrennt, weil sich die Politiker nicht einig sind, ob die Ergebnisse der Verhandlungen ein Erfolg oder Verrat waren. Diese Diskussion bekommt Monika Banak kaum mit. Für die Studentin ist die Prüfung in Finanzwirtschaft wichtiger. Die Lehrbücher häufen sich auf dem Holztisch. Es ist derselbe Tisch in dem Zimmer, in dem Beata für ihre Abschlussprüfung vor 20 Jahren gepaukt hatte. Doch statt über Krankheiten liest Monika Bücher über Börsen und Aktien.

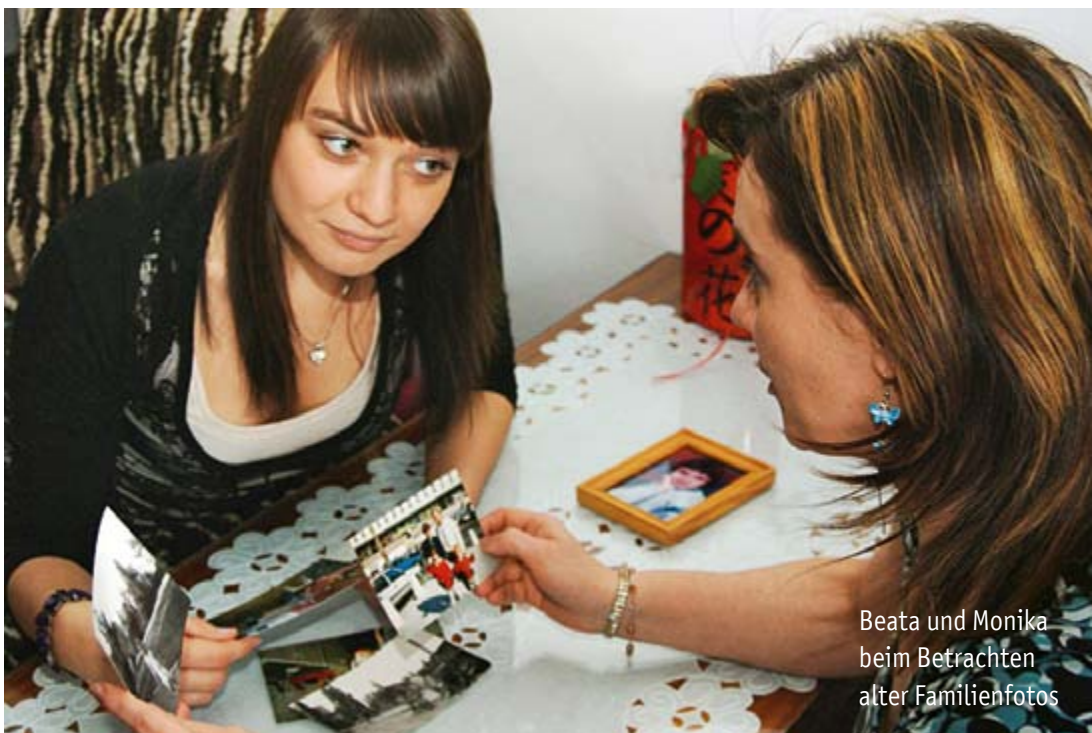
Monika, Jahrgang 1988, war während der Gespräche am Runden Tisch noch nicht einmal ein Jahr alt. Ihr junges Leben hat sie in einem freien Polen verbracht. Die Freiheit kam 1989, das weiß Monika. Ob im Februar, Mai oder September, das weiß sie schon nicht mehr so genau. Der Begriff Runder Tisch sagt ihr nicht viel. Die Namen Mazowiecki, Michnik, Kuron sind ihr unbekannt. „Walesa“, nennt sie triumphierend einen der wichtigsten Namen damals. „Walesa hat über den Kommunismus gesiegt.“ Irgendwie. Geschichte sei nicht ihr Lieblingsfach gewesen, entschuldigt sie sich. Das Jahr 1989 gehört für die Twens von heute schon zur Geschichte.

Deshalb versteht Monika oft die Streitereien der Politiker nicht. Tagelang sprechen sie über Kommunismus, wer auf welcher Seite stand, wer ein Held und wer ein Verräter war. „Sollten sie sich nicht lieber mit etwas Vernünftigem beschäftigen? Euro, Arbeitslosigkeit, Wirtschaftskrise oder Frauenrechte?“, denkt Monika häufig und schaltet dann immer den Fernseher aus. Nicht, dass sie kein Interesse an Politik hätte, fügt sie schnell hinzu. Zur Wahl gehe sie schließlich.

2007 durfte sie zum erstem Mal mitentscheiden. Stolz war sie, erzählt Monika, und dass sie, wie Beata 1989, bei einem großen Ereignis dabei sein konnte. Denn die Wahlen waren nach der monatelangen Krise mit Kaczynskis Regierung etwas Besonders. Ganz Europa hat auf das Land geschaut. Ähnlich wie 1989. „Die Menschen wussten, dass sie etwas Besseres für Polen wählen konnten“, ist Monika überzeugt. „1989 ging es darum, den Kommunismus abzuschaffen, 2007 sollte Kaczynski abgewählt werden.“ Die Stimmung, glaubt sie, muss ähnlich gewesen sein. Von ihrer Schwester weiß sie aber, dass der Kommunismus schlimmer war als die Kaczynski-Zeit.

Monikas Schwester Beata fuhr erst mit 21 Jahren zum ersten Mal ins Ausland, nach Italien, als Gastarbeiter. Ohne Sprachkenntnisse, ohne Erfahrung und allein. Statt Freude hatte sie Angst. Eine schwierige Entscheidung, erzwungen durch die wirtschaftliche Situation in Polen. In Sizilien arbeitete sie als Kellnerin, ihre Abschlüsse wurde nicht anerkannt. „Alles war bunt, die Leute lachten auf der Straße, verdienten gutes Geld“, erzählt Beata begeistert. Seit ihrer Rückkehr nach Polen fährt sie immer wieder in den Urlaub nach Sizilien. Jetzt allerdings als Touristin, wohlhabender dazu als die Einheimischen. Andere Urlaubsländer reizen sie nicht.

Für Monika ist Reisen ein innerer Zwang. Mit 14 Jahren war sie zum ersten Mal im Ausland. Erst Deutschland, dann London. Bevor sie volljährig wurde, war Polen in der EU. Den Pass braucht sie heute nur noch, wenn sie in die Türkei oder nach Tunesien fährt. Diese Länder faszinieren sie. Ein Traum ist damit verbunden: „Tabaka“. So heißt ein angesehenes Restaurant in Warschau, das auf Exotisches setzt. Dort sieht sich Monika mal als Managerin. Doch erst kommt das Studium: BWL und Management. Eigentlich habe sie Tourismus studieren wollen. Doch die Vernunft gewann: Mit BWL ist ein Job sicherer und der Verdienst höher.



Beata und Monika
beim Betrachten
alter Familienfotos

„Vernünftig, aber schade“, sagt Beata. Schade, dass heutzutage immer öfter die Vernunft über die Träume siegt. Als sie sich 1985 für den Beruf der Krankenschwester entschied, waren ihr die Überlegungen der heutigen Jugend fremd. Einfach Menschen helfen und sich um sie kümmern, das wollte Beata. Idealist sein – das war damals viel einfacher, findet sie: „Man bekam nach der Schule Arbeit. Um Geld sorgte man sich kaum, weil man eh' nicht gut verdiente.“ Später, in Italien, musste sie in einem anderen Job arbeiten. Zum ersten Mal dachte sie damals, dass die Berufung allein manchmal nicht ausreicht. Auch heute hat ihr Job in einer Bank wenig mit ihren Träumen zu tun, aber er erlaubt ihr, vernünftig zu leben. Deshalb versteht sie die kleine Schwester.

20 Jahre nach der Wende trifft sich die ganze Familie regelmäßig in der Wohnung der Eltern. Außer Beata und Monika kommen ihre drei Brüder mit ihren Kindern und die Schwester aus England, so

oft sie können. Eine Tradition aus alten Zeiten, die in anderen Familien kaum überlebt hat. Diese starken familiären Bindungen sind das Einzige aus der Vergangenheit, was Monika gefällt. Sie würde nie mit ihrer fast 20 Jahre älteren Schwester tauschen. Aber auch Beata ist froh, nicht während oder nach der Wende geboren zu sein. „Die Erfahrungen, die ich gemacht habe, sind einzigartig. Die Transformation war eine Schocktherapie, aber auch ein enormer Impuls. Ich fühlte mich plötzlich verantwortlich für mein eigenes Schicksal. Ich glaubte, ich könnte alles erreichen. Ein schönes Gefühl.“

Aber auch Beata ist froh,
nicht während oder nach
der Wende geboren zu sein.

Ein Porträt von n-ost-Korrespondentin **Agnieszka Hreczuk**, Warschau



Gabriel Spahiu
und Laura Ilie

Foto: Laura Cepatana Jüttler

RUMÄNIEN

Zwei Welten, ein Traum

Ein berühmter Schauspieler und eine Schauspielstudentin über verbotene Träume und den Willen, sie zu erfüllen

Bukarest | In einem Restaurant neben der Film- und Theaterakademie in Bukarest treffen sich Gabriel Spahiu (40) und Laura Ilie (21). Sie essen zu Mittag und unterhalten sich über die Dreharbeiten, bei denen sie im vergangenen Herbst in Italien zusammengearbeitet haben. Für Laura waren die Dreharbeiten zum Film „Alzati e camina“ der erste richtige Job. „Die Leute aus dem italienischen Team meinten, der Film hätte gute Chancen in Cannes gezeigt zu werden“, erzählt die Schauspielstudentin begeistert.

Für Lauras Kollegen Gabriel war es der erste Dreh im Ausland. Unter dem kommunistischen Regime hätte er nicht davon zu träumen gewagt – nicht vom Ausland und nicht vom Schauspiel. Insgeheim wollte er schon immer auf die Bühne und insgeheim wollte er zumindest nach Paris, wo sein Bruder seit Anfang der

80er Jahre lebt. Doch hatte er Angst seinen Träumen nachzugehen, denn seine Familie wurde ständig von der Securitate überwacht, weil der Bruder ausgewandert war.

Noch im Jahr der Revolution, 1989, stand für den 20-jährigen Gabriel die Zukunft als Mathematiker fest. Denn das hatte er studiert. Wie jedem Rumänen hatte auch ihm der Staat eine Arbeitsstelle nach dem Studium zugesichert. Eine Heirat mit einer Absolventin mit ausgezeichnetem Studienabschluss hätte die Chancen vergrößert, das Recht zum Wohnungskauf zu bekommen. Gabriel Spahiu lebte nach dem damals vorgegebenen gesellschaftlichen Modell.

Laura lebt auch nach dem Modell, in dem sie aufgewachsen ist. Es ist ein freies, demokratisches System, das ihr erlaubt zu studieren und zu reisen, solange sie sich das leisten kann. Ein System ohne Barrieren, mit bunten Kleidern, unzähligen Schokoladesorten und Ausbildungsmöglichkeiten. „Nicht, dass ich ignorant wäre, aber die Vergangenheit interessiert mich nicht. Wozu? Ich weiß, es ging den Leuten nicht gut, aber was kann ich da heute machen?“, fragt die Studentin.

Nur Erzählungen ihrer Mutter aus kommunistischen Zeiten und die Architektur in Bukarest, geprägt vom Größenwahn des Diktators Nicolae Ceaușescu, bringen ihr die vergangenen Zeiten nahe. Jeden Tag sieht sie die aneinandergereihten Wohnblocks im Militari-Viertel von Bukarest, wo sie wohnt, und im Iancului-Viertel, wo sie studiert. Überall Wohnblocks, Wand an Wand. „Sie sind so grau und hässlich. Man könnte sie wenigstens farbig anstreichen“, sagt Laura.

Für Gabriel erscheinen die Geister der Vergangenheit weit häufiger als nur in Form von Häusern. Vor allem im Kontakt mit den Behörden, denen er kommunistische Mentalität vorwirft. „Solange die Beamten nicht um ihre Arbeitsstelle zittern müssen, behandeln sie ihre Kunden nicht gut, ja sie demütigen sie sogar. Sie haben immer noch den Eindruck, dass du von ihnen abhängst und nicht sie von dir.“ Viele Dinge erinnern den 40-Jährigen heute an das „Goldene Zeitalter“ und an dessen Niedergang. „Wir sind im Kommunismus aufgewachsen und richteten uns nach dessen Werten. Aber auf einmal galten andere Werte. Wir waren darauf nicht vorbereitet und haben dadurch viel verloren.“

„Aber auf einmal galten andere Werte. Wir waren darauf nicht vorbereitet.“

Der Student von damals erkannte erst nach Jahren die Chancen, die das neue System bot. „1990 war die richtige Zeit, ein Unternehmen zu starten oder auszuwandern, aber wir waren lange Zeit wie gelähmt. Meine Generation ist eine Looser-Generation“, sagt Gabriel. Bei ihm kann davon heute keine Rede mehr sein – er ist ein bekannter Schauspieler in Rumänien. Gleich nach der Wende und dem Abschluss des Mathematik-Studiums hat er Schauspiel studiert. Deutschland, Frankreich, Amerika, Portugal, Spanien sind einige der Länder, in denen er Tourneen mit diversen Theatergruppen hatte.

„Auf Tour mit ‚Eine antike Trilogie‘, einem Stück in der Regie von Andrei Serban haben wir in 3-, 4-Sterne-Hotels gewohnt. Viele Kollegen haben Konserven und Essen von zu Hause mitgebracht, um das Tagegeld zu sparen, und aßen im Zimmer“, erinnert sich der Künstler. Er selbst habe auch auf Restaurants verzichtet. Das gesparte Geld, rund 65 D-Mark pro Tag, habe ihm in Rumänien monatelang zum Leben gereicht.

Für Laura, Schauspielstudentin im dritten Studienjahr, sind es Geschichten wie diese, die die Vergangenheit interessant, ja spannend machen. Ganz anders als die Informationen, die sie aus den Geschichtsbüchern kennt. Die ihr unbekannte Abkürzung „ZK“ weckt ihr Interesse. Zentralkomitee der Rumänischen Kommunistischen Partei, erklärt Gabriel. „Von dort aus sind die Ceaușescus geflohen, nach ihrem letzten öffentlichen Auftritt auf dem Balkon dieses Gebäudes“, erzählt der ältere Kollege bei einem Spaziergang vor dem einstigen Zentralkomitee.

Vor 20 Jahren begann dort die Bukarester Revolution, Zehntausende kamen auf die Straßen, protestierten tagelang gegen das Regime, verbrannten Fahnen und feierten den Sieg. Der Platz vor dem

ehemaligen ZK heißt nun "Platz der Revolution", das Gebäude des ZK fungiert als Innenministerium. „Ich habe nicht viel am Hut mit Politik“, sagt Laura Ilie, die sich, wie die meisten Jugendlichen in Rumänien, nicht politisch engagiert. Es fehle an Vertrauen in die Politik wie in Politiker.

Die ständigen Streitereien der politischen Akteure, die in den Medien ausgetragen werden, und die Lügen in den Wahlkampagnen, seien ein guter Grund dafür, sich von der Politik abzuwenden, glaubt Laura. Dennoch wird sie aktiv, wenn es um ihr nächstes Umfeld geht. „Ich bin empört darüber, wie viele Autos es in der Stadt gibt. Es gab Zeiten, da wollte ich auf Autos einschlagen“, erzählt sie. Fußgänger hätten keinen Platz mehr auf dem Gehweg, weil Autos dort parken. „Vielleicht müssten sich Politiker auch um solche Sachen kümmern“, sagt die Studentin.

Vielleicht müssten Politiker dies wirklich tun, doch Gabriel hat in den 20 Jahren seines kapitalistischen Lebens gelernt, sich verstärkt auf die eigenen Kräfte zu verlassen. Während er vor 20 Jahren als Berufsanfänger eine sichere Anstellung erhalten hätte, muss er sich nun als Freischaffender in einem Land durchsetzen, dessen System er kaum kennt. Spahiu muss sich selbst um seine Auftritte bemühen, für sich selbst werben und Honorare verhandeln. Und trotzdem: Er verzichtet lieber auf die Sicherheit einer festen Arbeitsstelle etwa als Mathematiker, um sich als Schauspieler, also in seinem Traumberuf, frei ausdrücken und bewegen zu können.

Modeln, Kinderfeste oder Werbung – das sichert Lauras Taschengeld. Noch bieten ihr Universität und die Unterstützung der Mutter eine gewisse Sicherheit, sodass sie nicht arbeiten gehen muss. Über ihre Zukunft zerbricht sich die 21-Jährige nicht den Kopf. Nur, dass sie nichts anders als Schauspielerin werden möchte, das steht fest. Im Theater oder im Film oder beides. Und gerne auch im Ausland. Doch weiß sie, dass sie selbst für ihr Schicksal haftet, das hat sie bei ihrem älteren Kollegen gelernt. Ihr Traum ist nicht verboten, allein am Willen liegt ihr Erfolg.

*Ein Porträt von n-ost-Korrespondentin **Laura Capatana Juller**, Bukarest*



Foto: Barbara Breuer

Auch geschäftlich ein Team:
Veronika Hefková hilft ihrem
Vater im Elektroladen aus.

TSCHECHIEN

Keine Spur von Ostalgie

Der Tscheche Petr Hefka und seine Tochter
sehen sich nicht nach den alten Zeiten

Zlaté Hory | Petr Hefka steht in seinem Laden zwischen Waschmaschinen, Fernsehern, Radioweckern. Es ist ein lang gestreckter Verkaufsraum in der Hauptstraße von Zlaté Hory, Ausdruck eines gewissen Wohlstandes und letztlich doch nur Mittel zum Zweck. Dort, in dem gelb getünchten Haus, werden Petr Hefkas Träume greifbar: Jeder verkaufte Kühlschrank, jeder Flachbildschirm, der den Raum verlässt, ist ein Flugticket in die Karibik. Dem 41-Jährigen geht es gut. Sein Geschäft ist das einzige weit und breit. Zlaté Hory liegt ganz am Rande Mährisch-Schlesiens und das liegt ganz am Rande Tschechiens. Größere Elektromärkte findet man erst wieder in Olomouc oder Ostrava, anderthalb Stunden entfernt. Zu weit, also kommen die Leute zu Petr Hefka.

Dass er eines nicht allzu fernen Tages zum Tauchen auf die Malediven fliegt, hätte der Starkstrom-Elektriker vor 20 Jahren nicht zu träumen gewagt. Die Nachrichten von den Unruhen im November 1989 erreichen ihn damals unvermittelt: Während das staatliche Fernsehen den Bürgern der damaligen Tschechoslowakei noch Normalität vorgaukelt, kommt ein Freund aus Prag zu Besuch nach Zlaté Hory. In dem 4500-Seelen-Ort im Grenzgebiet zu Polen erzählt er von Studentenstreiks, Demonstrationen und prügelnden Polizisten. „Wir haben das alles anfangs nicht geglaubt“, erinnert sich Petr Hefka.

Aber nur wenig später erreicht der Ruf nach Veränderungen auch die Provinz. Petr Hefka und seine Kollegen von der staatlichen Geoforschung treten in Streikbereitschaft. Sein bester Freund, ein Student, bringt aus der Industriestadt Ostrava Protestplakate mit. „Sehr geehrte Genossen“, steht darauf, „Sie haben für Ihre Ideale des 19. Jahrhunderts gelebt, wir werden für die Natur und den Menschen des 21. Jahrhunderts leben... Rechtfertigen Sie bitte den Erhalt Ihrer Machtpositionen nicht mit dem Schutz des Sozialismus... Wir bitten Sie, treten Sie ab!...“.

Gemeinsam hängen sie die Plakate in der Plattenbausiedlung ihrer Stadt auf: Verstecken, vorbereiten, aufkleben, abhauen – so verläuft die Aktion. „Wir haben damals natürlich nicht gedacht: Wir verbreiten jetzt die Protestschreiben und dann fallen die Kommunisten“, sagt Petr Hefka. Mitgerissen von der Euphorie geht es den jungen Männern eher darum, etwas Verbotenes, Gefährliches zu tun. Dafür und für Neuigkeiten oder Flugblätter aus der „Welt“, also aus Ostrava, spendieren neugierige Mitbürger den beiden in der Kneipe Bier und Rum – sehr zum Gefallen der jungen „Rebellen“.

„Mama erzählt immer, dass sie damals große Angst um dich hatte“, sagt Veronika Hefková. Petr Hefkas Tochter war zur Wendezeit gerade ein Jahr alt. Sie kennt die Ereignisse von 1989 nahezu ausschließlich aus den Erzählungen ihrer Eltern. „Wenn ich an 1989 denke, fällt mir zuerst die Revolution ein, aber so richtig weiß ich gar nicht, was ich mir unter Revolution vorstellen soll“, sagt sie. „Wir haben zwar im Geschichtsunterricht alles möglich sehr ausführlich behandelt, aber nichts über die jüngste Zeit gelernt“, erzählt die Abiturientin. „Ich fühle da eine große Lücke und schäme mich auch ein bisschen dafür, dass ich mich bisher nicht hingewandt und mir dazu selbst etwas angelesen habe“, gibt sie zu und wird ein wenig rot dabei.

Im vergangenen Herbst hat die junge Tschechin angefangen, an der Technischen Universität in Ostrava Wirtschaftswissenschaften zu studieren. Zufrieden ist sie nicht. Über einen Wechsel an eine andere Hochschule denkt sie nach, noch ist sie unschlüssig: „Fünf Jahre sind ja auch keine Katastrophe, das lässt sich überleben“, redet sie sich zu. Schließlich ist zu langes Studieren oder Herumtrödeln heutzutage auch in Tschechien verpönt. Zielstrebige junge Menschen, mit guten Noten, viel Berufserfahrung und fundierten Sprachkenntnissen werden gebraucht. Das Diktat des Marktes hat die sozialistische Diktatur abgelöst. Jeder ist heute selbst dafür verantwortlich, inwiefern er die unbegrenzten Möglichkeiten nutzt.

Damals, als Petr Hefka seine Ausbildung abgeschlossen hatte, waren die Möglichkeiten noch begrenzt: „Ambitionen gehörten nicht in die Zeit.“ Und so durchlebte er den Sozialismus wie viele Tschechoslowaken: „Für uns war durch das System alles vorgezeichnet. Arbeit, Hochzeit, Wohnung, fertig!“ Da störte es auch nicht, dass er nach einem Semester von der Hochschule flog. „Ich bin lieber zu meiner Freundin gefahren, als zu lernen“, sagt er heute.

Negative Erinnerungen an die Vorwendezeit hat er allerdings keine. Von der Existenz der „ŠtB“, der Tschechoslowakischen Staatssicherheit, habe er erst nach 1989 erfahren. „Was das politische System betrifft, lebten die Menschen hier zu 90 Prozent in Unwissenheit“, schätzt Petr Hefka. Ihn versuchten die kommunistischen Genossen nur einmal während der Ausbildung zu rekrutieren: „Sie wollten mich mit einem sicheren Hochschulplatz ködern“, sagt Petr Hefka. Vergeblich.

Dabei ist Petr Hefka ein politischer Mensch. Sein Kreuzchen macht er heute bei den Konservativen. In Zlaté Hory will er auch selbst mitgestalten. Im Stadtrat und -parlament vertritt er die parteilose Ver-

einigung „Unabhängige 2006“. Seine Tochter indes kann mit Politik nicht viel anfangen. „Ich verstehe nicht viel davon“, sagt die 20-Jährige. „Und wenn ich an Kommunismus denke, dann fällt mir als erstes das Reiseverbot ein und, dass viele Menschen in Angst gelebt haben“.

Unter anderem deswegen will ihr Vater nicht, „dass die alte Zeit zurück kommt“. Die romantisierende Verklärung des Lebens in der ehemaligen Tschechoslowakei à la Ostalgie ist den Tschechen fremd. „Ich kenne niemanden, der so denken würde“, sagt Veronika Hefková. Trotzdem scheint sie ihren Vater ein wenig zu beneiden: um eine sorglose Jugend, in der alle Schüler die gleiche Kleidung hatten und in dieselben Urlaubsorte fuhren.

Als Veronika Hefková Mitte der 1990er Jahre eingeschult wurde, hatte sich der Kapitalismus bereits seinen Weg bis in die Klassenzimmer gebahnt. „Ich erinnere mich nur ungern an die Grundschulzeit, weil ich keine Freunde hatte. Niemand wollte mit mir spielen, ich wurde ausgeschlossen. Warum, das hat mir nie jemand gesagt.“ Das Kind reagierte mit dem Rückzug in die Familie, sie spielte vor allem mit dem drei Jahre jüngeren Bruder.

Für den Vater, der sich 1991 in Zlaté Hory mit seinem Elektrogeschäft selbstständig gemacht hat, ist klar, warum seine Tochter und ihr Bruder so allein waren: „Wenn einige Kinder nie verreisen und andere mehrmals im Jahr sonnengebräunt aus den Ferien zurück kommen, entsteht Neid.“ Den bekam auch er zu spüren, als er mit einer Mikrowelle, einem Fernsehgerät und zehn Videorekordern als kleiner Geschäftsmann startete. „Vor allem meine ehemaligen Vorgesetzten schienen sich zu fragen, was ich mir da überhaupt erlaube.“ Inzwischen fragt das aber niemand mehr in Zlaté Hory.

Die Samtene Revolution und ihre Folgen, vor allem die wirtschaftlichen, haben auch die frühere Bergbaustadt verändert. Zlaté Hory, das heißt „Goldene Berge“. Seit 1993 ist das Geschichte. Damals schloss das Bergwerk der Stadt. 1200 Kilogramm Gold hatten die Kumpel in den letzten drei Jahren aus dem Gestein geholt. Bis zu 1000 Bergleute waren es in den besten Zeiten. Die Männer arbeiteten unter Tage, die Frauen in der Textilfabrik. Doch auch das ist vorbei. Heute ist in der Region jeder Sechste arbeitslos. Aber es ist nicht nur Niedergang: Ein neuer Skihang soll Touristen anlocken, knapp zwei Millionen Euro hat die EU ins „Bohemaland“ gepumpt. Nur, allzu viele Arbeitsplätze bringt die Anlage nicht.

Petr Hefka hat die neue Zeit neben Wohlstand vor allem Selbstbewusstsein gebracht. „Ich finde, wenn jemand fähig und fleißig ist, dann sollte das auch belohnt werden“, sagt er. „Ich bin Realist und habe Träume, die ich auch erreichen kann“. In einem dieser Träume stehen Palmen an einem weißen Strand. Und wenn nicht in die Karibik, dann fährt er mit seiner Frau und den beiden Kindern nach Frankreich, zum Skifahren.

Auch Veronika will die Welt kennen lernen, will studieren in Skandinavien. Im Sommer wird sie arbeiten, in einem Nationalpark in den USA. Doch sie wird zurückkehren. Veronika Hefková liebt ihre Heimat und die Berge. Und auch sie träumt, nur liegt ihr Sehnsuchtsort nicht in der Ferne. Eine kleine Pension oder ein Hotel, hier an den Ausläufern des Altvatergebirges, das wär's schon.

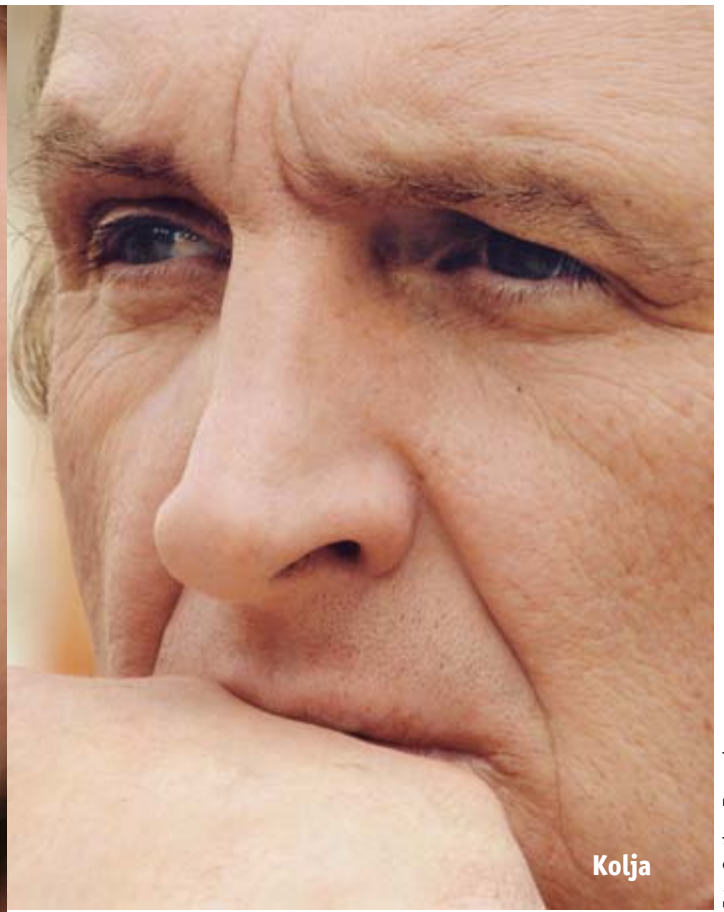
Petr Hefka möchte auch nicht woanders leben, so sehr ihn auch manchmal das Fernweh packt. „Ich bin hier zu 100 Prozent zufrieden.“ Zlaté Hory, die kleine Stadt am Rande Tschechiens, die Stadt der Goldenen Berge. Für ihn ist der Name mehr als nur eine Verheißung. Petr Hefka hat sein Glück gefunden.

Ein Porträt von n-ost-Korrespondentin **Barbara Breuer**, Zlaté Hory

Petr Hefka hat die neue Zeit neben Wohlstand vor allem Selbstbewusstsein gebracht.



Wladimir



Kolja

Foto: Svetlana Tarassuk

UKRAINE

Seelenfrieden statt Geldverdienen

Ein Geschäftsmann und ein angehender Priester – Vater und Sohn – sprechen über ihre Lebensträume

Odessa | Zwanzig vor sieben an einem Sonntagmorgen rast Kolja (47) in seinem grünen Volkswagen über das Kopfsteinpflaster des Französischen Boulevards in Odessa, vorbei an den Villen der Reichen. Das Ziel des Geschäftsmannes ist die Sonntagsmesse in der Kirche Andrian und Natalija. Kolja drückt gerne auf das Gaspedal, noch dazu, wenn die Straßen nicht von dem werktäglichen Verkehr verstopft sind. Nur ein Auto kommt ihm entgegen.

Plötzlich steht das Autor quer vor Koljas Wagen. Beide Fahrer steigen aus, der Mann aus dem anderen Auto behauptet, Kolja hätte sein Auto gestreift und verlangt Geld. An dem Wagen aber ist nichts zu sehen. Nur der Außenspiegel von Koljas Wagen ist eingeknickt. Kolja zahlt kein Geld. Im Verhandeln ist der Geschäftsmann erfahren.

Kolja war während der Sowjetzeit stellvertretender Vorsitzender der Jugendorganisation der Kommunistischen Partei Komsomol des Gebiets Odessa. Nach dem Bestehen seines Diploms mit Auszeichnung begann er für seine Doktorarbeit am Lehrstuhl für Wasserwirtschaft zu arbeiten. Doch dann kam die Perestroika, und der Lohn wurde nicht mehr ausgezahlt. Um seine Frau und seine zwei Söhne zu versorgen, entschied sich Kolja fürs Geschäftemachen: Er vertrieb Wäscheklammern und Frauenschuhe, baute Heizkessel und kilometerlange Treibhauseanlagen, versuchte Aquariumfische an Franzosen zu verkaufen. Kolja erinnert sich an acht Unternehmen in neun Jahren, in denen er als Direktor arbeitete.

Das war für ihn eine aufregende Zeit. Aus dem unbescholtenen Sowjetbürger, der in kariertem Hemd, die Haare brav zu einem Seitenscheitel gekämmt mit der Aktentasche unter dem Arm zu seiner Arbeit im wissenschaftlichen Institut ging, wurde der Geschäftsmann Kolja, die kinnlangen Haare mit einem Gummiband zu einem Zöpfchen gebunden, immer in einem neuen Auto unterwegs auf der Suche nach neuen Geschäften.

Übers Geschäftemachen spricht Kolja allerdings nicht gerne. Er hat das Business in einer Zeit gelernt, in der keiner wusste, was legal und was illegal ist. Wirtschaftsbücher nach dem Typ „Der ideale Führungsstil“ blätterte er mal ein bisschen durch und entschied, dass die Ratschläge in der Praxis schwer umzusetzen sind. Kolja machte Geld und verlor es wieder – und zwar so schnell, dass er erst viele Jahre später an längerfristige Investitionen wie den Kauf von Immobilien denken konnte.

An diesem Sonntagmorgen kommen Kolja und seine Frau eine Viertelstunde zu spät zum Gottesdienst. Die Kirche ist fast leer. In der orthodoxen Kirche gibt es keine Kirchenbänke, die Gläubigen stehen während des Gottesdienstes. Die Frauen stehen üblicherweise links vom Altar, die Männer rechts. Kolja und seine Frau gehören zu den wenigen Paaren, die diese Regel beachten. Die Messe dauert über zwei Stunden und besteht vor allem aus dem Singen von Gebeten und aus rituellen Bekreuzigungen. Koljas Frau bekreuzigt sich inbrünstig mit ausladenden Bewegungen, Kolja mit einer gewissen Zurückhaltung.

In die Kirche zu gehen, sieht Kolja als seine Pflicht an: „Ohne die Kirche ist alles verloren. Meine Generation kennt keine Werte mehr. Das Geld steht an erster Stelle.“ Zur Illustration seiner Behauptung erzählt er, dass früher in seinem Haus alle Türen offen standen. Heute verbergen sich seine Nachbarn hinter Panzertüren, Sicherheitsschlössern und Alarmanlagen. Früher allerdings war die Kirche für ihn verschlossen. In die Ostermesse konnte er zu Sowjetzeiten nicht gehen. Aktivisten bildeten einen Kreis um die Kirche und ließen die Kirchgänger nicht durch. Parteikollegen führten Listen, wer in die Kirche ging. Der Besuch der Kirche konnte Karrieren zerstören.

Koljas älterer Sohn Wladimir (22) wollte zuerst auch wie sein Papa Geschäftsmann werden. Er begann ein Informatikstudium in Odessa. Doch starke Zweifel regten sich in ihm. „Billig einkaufen, etwas draufschlagen, dann wieder verkaufen, darin sah ich nicht meinen Lebenssinn. Arbeiten um zu essen und essen um zu arbeiten. Ich dachte an den griechischen Philosophen Diogenes in der Tonne. Wir sitzen alle in einer Tonne“, sagt Wladimir.

Nach zwei Jahren brach der schlanke Junge, der auf Fotos immer ein bisschen entrückt schaut, sein Studium ab und bewarb sich an einem der renommiertesten Priesterseminare der russisch-orthodoxen Kirche. Die Aufnahmeprüfung in dem Dreifaltigkeitskloster Sergiew Passad bei Moskau bestand er auf Anhieb. Sein heutiger Studienkollege hatte sich neun Mal vergeblich beworben, bis es klappte. Wladimir wird in einem Jahr das fünfjährige Priesterseminar beenden.

In der kleinen Kirche am Französischen Boulevard in Odessa beginnt Vater Sergeij die Beichte abzunehmen. Den Gemeinemitgliedern schaut Vater Sergeij in die Augen, denn einen Beichtstuhl gibt es

In die Ostermesse konnte er zu Sowjetzeiten nicht gehen.

nicht. Er steht während des Gottesdienstes in einer Ecke des Kirchenraums. „Der Priester muss ein Vorbild für den Gläubigen sein“, sagt Wladimir. „In einer Gesellschaft, in der die Massenmedien mit Tabakwerbung Geld verdienen, steht die Kirche für Unabhängigkeit und ewige Werte. Sie ist der Kopf der Gesellschaft.“

Diese hohen Anforderungen an das Priesteramt sind Wladimir am Anfang nicht leichtgefallen. Im ersten Studienjahr erwischte ihn ein Priester, als er beim Counter-Strike-Spielen am Computer auf virtuelle Terroristen schoss. Wladimir verfasste ein Entschuldigungsschreiben, das in seine Akte gelegt wurde. Nach vier Entschuldigungsschreiben muss ein Priesteranwärter das Seminar verlassen. Wladimir hat kein weiteres Schreiben verfasst. „Manchmal ist es anstrengend, dass wir in einem geschlossenen System leben.“

Dieses Gefühl kennt sein Vater auch. Für ihn war die Sowjetunion kein schlechtes System, wenn sie den Bürgern nur mehr Freiheiten gelassen, wenn der Staatsapparat nicht alles kontrolliert hätte und das System liberaler gewesen wäre. „Dann wäre es aber nicht mehr die Sowjetunion gewesen“, wirft seine Frau ein. Von dieser Zeit hat Sohn Wladimir kaum etwas mitbekommen. Die einzige Erinnerung, die er an den Systemwechsel hat, ist die Erinnerung an Michail Gorbatschow. „Damals habe ich meine Mutter gefragt, warum er eine rote Schramme auf der Stirn hat. Mama antwortete, seine Frau habe ihm mit dem Nudelholz eins übergezogen.“ Wladimir lacht.

Kolja wird beim Wort Perestroika ernst. In den Geschäften gab es in dieser Zeit nichts zu kaufen. Die Familie ging in einer Mensa essen, in der es Brot, Salz, Pfeffer und Senf kostenlos gab. Bestellt wurde nur ein kleines warmes Gericht. Der Grund für den Besuch in dieser Mensa waren die dick mit Senf bestrichenen und mit schwarzem Pfeffer gewürzten Brote. Drei Jahre hätten sie so gelebt, erzählt Koljas Frau. Doch Kolja fällt ihr ins Wort: „Nein, nach einem halben Jahr hatte ich schon mein erstes Auto, einen Wolga, und ab da ging es bergauf.“

Das kann er heute nicht mehr von sich behaupten. Denn die Geschäfte gehen zurzeit ganz schlecht. Kolja hat alles bis auf eine Touristenstation am Asowschen Meer verkauft. Nun baut er einen Ortsverband der Liberalen Partei in Odessa auf. Für die Unterstützung der kleinen und mittelständischen Unter-

nehmen. Ideologisch sympathisiert Kolja mit der Idee einer slawischen Union der Ukraine, Belarus und Russland. Kommunistische Gedanken. „Ja, die Ideen sind eigentlich nicht schlecht, aber sie haben mit der heutigen Realität nichts zu tun“, sagt Kolja.

Kolja hat alles bis auf eine Touristenstation am Asowschen Meer verkauft.

Dass sein Sohn Priester werden möchte, kam am Anfang überraschend für Kolja. Er zitierte seinen Sohn zu einem „Gespräch von Mann zu Mann“. Dabei konnte Wladimir aber seinen Vater von seinem Lebenswunsch überzeugen. Die Kirche bedeutet Wladimir alles, er träume, sagt er, von einem Leben im Einklang mit Gott. „An erster Stelle steht für mich meine zukünftige Arbeit als Priester und dann meine Familie. Ich möchte viele eigene Kinder und noch mehr Seelenkinder“, sagt Wladimir. Wladimir heiratete im vergangenen Sommer, in diesem Sommer erwartet seine Frau ihr erstes Baby. Orthodoxe Priester dürfen verheiratet sein. „Wenn Gott es so will“, sagt Wladimir, „klappt es dann auch mit einer eigenen kleinen Gemeinde, irgendwo.“

Kolja beeindruckt die sanfte Zielstrebigkeit seines Sohnes, aber hin und wieder erscheinen ihm Wladimirs geistliche Studien wie die Theorie aus seinen Wirtschaftsbüchern. Kolja bleibt ein Mann der Praxis: Nach Wladimirs Hochzeit fuhr er noch nachts mit einem Lieferwagen aus Odessa nach Moskau ins Kloster und renovierte ein Häuschen für die junge Familie. „Wenn Wladimir seine eigene Kirche bekommt, nehmen wir mal an, in der Provinz, dann gehe ich mit.“ Für einen Hilfspriester halte er sich allerdings moralisch nicht geeignet, gibt Kolja zu, der von sich selbst sagt, er führe einen aktiven Lebensstil. „Ich werde Wladimirs Verwaltungschef. Die Kirche streichen, einen Garten anlegen, eine Sonntagsschule organisieren usw.“ Zwanzig Jahre nach der Perestroika hat Wladimir seine Bestimmung als Priester gefunden, und sein Vater plant mal wieder ein kleines Unternehmen.

Ein Porträt von n-ost-Korrespondentin **Christine Karmann**, Odessa



Foto: Oksana Kurylas

Der Hochschuldozent **Wolodymyr Kamianets** am Platz vor der Oper. Dort stand bis 1990 ein Lenin-Denkmal.

UKRAINE

Das Gefühl, etwas zu bewirken

Ein Dozent und eine Beamtin gestalten ihr Leben und das der Anderen in der Ukraine als Bürger in einer jungen Demokratie

Lwiw | Die Avenue der Freiheit in der einstigen europäischen Metropole Lemberg (Lwiw) ist schon mehrfach Schauplatz geschichtsträchtiger Ereignisse gewesen. Als 1990 das Lenin-Denkmal vor der Oper, einem Wahrzeichen des kommunistischen Zeitalters, demontiert wurde, setzte für die Westukrainer die Stunde Null ein: Man glaubte, die Sowjetzeit hinter sich gelassen zu haben. Wenn sich Wolodymyr Kamianets, ein 42-jähriger Dozent an der Iwan-Franko-Universität, an diese Zeit erinnert, fällt ihm zuerst dies

ein: Vor 20 Jahren wäre es nicht denkbar gewesen, in einem Café über Themen wie das kommunistische Regime oder die Demokratie zu sprechen. In der Sowjetunion gab es nicht einmal Cafés oder Kneipen, wo man sich hätte treffen können. Die eigene Küche war üblicherweise der heimliche Treffpunkt von Andersdenkenden für antisowjetische Gespräche.

Der inzwischen erfahrene Hochschullehrer an der Fakultät für internationale Beziehungen studierte im Wintersemester 1988/89 an der Friedrich-Schiller-Universität in Jena. Wolodymyr Kamianets und seine Kommilitonen sollten Militärübersetzer werden. Es bot sich die einmalige Gelegenheit, die internationale Freundschaft – wie man es nannte – hautnah zu erleben. In seiner Heimat fand gerade die Perestroika statt, während Kamianets in Deutschland war. Wissbegierig entnahm die Bevölkerung der Ukrainischen Sowjetrepublik den nun freier berichtenden Zeitungen, wie sich langsam eine Bürgerbewegung bildete. Zur gleichen Zeit verbot die SED die sowjetische Zeitschrift „Sputnik“ und fünf Filme, darunter „Die Reue“ – eine Abrechnung mit dem Stalinismus.

Die Studenten aus der UdSSR rebellierten in Jena gegen die Willkür der SED, indem sie aus Protest eine Wandzeitung gestalteten. Darauf stand: „Für eine echte Freundschaft wollen wir keine Samowar-Abende“. Kamianets erzählt: „Dann hat man uns, alle sowjetischen Studenten, zusammengerufen und gefragt, wer von den deutschen Studenten uns unterstützt hätte. In diesem einwandfreien Deutsch hätten wir die Texte für die Zeitung selbst nicht verfassen können, sagte man zu uns.“

Noch als Student wurde Wolodymyr Kamianets Anhänger der ukrainischen Bürgerbewegung „Ruch“. 1989 nahm er an einer kilometerlangen Prozession in Kiew teil, unter den Transparenten mit Aufrufen „Freiheit für die Ukraine!“. Der Anlass war die Beisetzung der sterblichen Überreste des in einem Straflager verstorbenen Dichters Wasyl Stus. „Damit erkläre ich mir das Interesse des KGB an meiner Person“, erzählt der Dozent. Denn einmal ließ ihn ein KGB-Mitarbeiter aus einer Vorlesung holen, um ihm eine Stelle anzubieten. „Ich wusste bereits, welche Arbeit die Stasi in der DDR verrichtete, daher war mir auch das KGB verhasst. Ich sagte ihm: ‚Die Zeiten ändern sich. Ihre Arbeit wird bald überflüssig sein.‘ Das war waghalsig von mir. Hätte es keinen Zusammenbruch des Regimes gegeben, wäre ich dadurch in Ungnade gefallen.“

„Die Verantwortungslosigkeit ist das schlimmste Erbe des Totalitarismus.“

Heute ist Wolodymyr Kamianets glücklich, die Zeiten großer epochaler Veränderungen erlebt zu haben. „Wir gingen nicht auf die Barrikaden, aber unsere Proteste waren wirkungsvoll. Ich war unter denen, die diese Wende gewollt und herbeigeführt haben“, fasst

er zusammen. Die anschließenden Jahre brachten einige Enttäuschungen, denn das Volk habe teilweise idealisierte Vorstellungen gehabt, so Kamianets. So agierten die Politiker von heute leider oft noch genauso wie die Führer der sowjetischen Jugendorganisation Komsomol. Auch sie hatten sich in ihrer Jugendzeit einer Doppelmoral bedient: „In der Küche hörten sie Rolling Stones, gleichzeitig vertraten sie die kommunistischen Ideen. Die Verantwortungslosigkeit ist das schlimmste Erbe des Totalitarismus“, sagt der Dozent. Die wichtigsten Erfolge der Nachwendezeit sind für Wolodymyr Kamianets die Meinungsfreiheit und die Offenheit der Gesellschaft.

Nicht weit vom Café entfernt, in dem Kamianets sitzt, am Marktplatz, ziert ein Banner die Fassade des Lwiwer Rathauses. Damit ehrt Lwiw das 80-jährige Bestehen der Organisation ukrainischer Nationalisten, das Banner zeigt Symbole und Porträts der Organisationsspitze. Im Rathaus arbeitet die Beamtin Uljana Wynjartschuk (24) in der Abteilung für internationale Beziehungen des Stadtrats. Sie hat Verständnis für diese Form der Heldenverehrung: „Die Veränderungen in unserem Land sind zum größten Teil äußerlich. Niemand hat früher an den Kommunismus geglaubt. Insgeheim pflegte man ukrainische Traditionen. Die Geschichte der Aufstandarmee ist spannend und derzeit sehr beliebt, sie wird erforscht und etabliert sich langsam.“

Die Generation von Uljana ist ganz und gar in der Zeit nach dem Umbruch und dem Zerfall der Sowjetunion verwurzelt. 1991, im Wendejahr der Proklamierung eines unabhängigen Staates, wurde Uljana Wynjartschuk eingeschult. Sie erlebte eine meist glückliche Kindheit in einem jungen Nationalstaat. „Die Geschichte davor ist wie ein schwarzes Loch. Ich bedauere, darüber kaum etwas erfahren zu haben.“ Die Wirtschaftstheorie, die sie studiert habe, sei auch kein Schlüssel zur Erkenntnis.

Für eine Berufstätigkeit im Interesse der Gemeinschaft entschied sich Uljana Wynjartschuk nach der ersten Berufserfahrung in der Privatwirtschaft. Dazu haben auch ihre Aufenthalte in Deutschland beigetragen. Im Anschluss an das Studium der internationalen Beziehungen folgten eine Weiterbildung

für Führungskräfte aus den GUS-Ländern und eine zweiwöchige Hospitation im Auswärtigen Amt in Berlin. „Unsere Gastgeber waren äußerst bemüht, uns mit ihrem Land und den Arbeitsabläufen in so einer Behörde vertraut zu machen.“ Den direkten Umgang, die Offenheit und die Freundlichkeit der deutschen Kollegen haben sie angenehm überrascht. „Ich kann mir schwer vorstellen, dass das Außenministerium in Kiew seine Türe für Besucher ohne weiteres aufmachen würde“, verrät die junge Beamtin.

Zurück in Lwiw wurde Uljana Wynjartschuk beruflich und im Alltag stets mit der Überwindung von Stereotypen konfrontiert. Ihre Vorstellung vom Beamtentum war früher sehr eindimensional. Erst nach einem Praktikum in der Stadtverwaltung habe sie eingesehen, dass eine Beschäftigung im Dienste der Bürger voller Herausforderungen ist. Mit ihrem kleinen Beitrag will sie sich am Wohlergehen der Gemeinschaft beteiligen. Sie freut sich, auch international agieren zu können, im Ausbau der Wirtschafts- und Kulturbeziehungen, in der Anpassung der städtischen Lebensverhältnisse an europäische Standards. „Lwiw ist heute eine Provinzstadt am Rande. Die moderne Kunst könnte sie vielleicht etwas beleben“, glaubt die Verantwortliche für Kultur und Internationales der Lwiwer Stadtverwaltung.

Uljana Wynjartschuk erinnert sich an ein Volontariat in einem internationalen Theater-Sommercamp in Thüringen, in dem die Teilnehmer aus der ehemaligen Sowjetunion ständig über ihre Heimat klagten. „Ich musste mich einfach schämen, für mein Land und seine politische Elite“, erzählt die junge Beamtin. Noch immer sei die Ukraine als Land im Westen weitgehend unbekannt. Privat und geschäftlich ist sie daher um die Verbreitung von Informationen über Land und Leute bemüht. Um die Welt zu sehen und Kontakte zu knüpfen, bieten sich Flugverbindungen nach ganz Europa an. Doch die Visapflicht für die ukrainischen Bürger steht der Bewegungsfreiheit im Wege.

Mit der Orangen Revolution hat sich Uljanas Land noch einmal stark verändert. Die Presse kennt keine Zensur mehr. Die Außenpolitik des Landes ist westorientiert. Über die Ukraine spricht und schreibt man in der Welt viel mehr als zuvor. „2004 ist die eindrucksvollste Erinnerung meiner Studienjahre. Zum ersten Mal hatten die Leute das Gefühl, etwas bewirken zu können. Die Bestrebungen von unten wurden von der politischen Macht aufgegriffen und weiter getragen.“ Deshalb ist sie überzeugt, dass in der jungen Ukraine jeder Einzelne die Möglichkeit habe, mitzuentcheiden und Verantwortung zu übernehmen. Uljana Wynjartschuk und die Twens von heute sind unabhängig, frei und uneingeschränkt in der Wahl ihrer Lebenswege oder Vorbilder – anders, als es die Generation von Wolodymyr Kamianets war.

Ein Porträt von n-ost Korrespondentin **Oksana Kurylas**, Lwiw

Über die Ukraine spricht und schreibt man in der Welt viel mehr als zuvor.

ARTIKELREIHE II

1989 – 2009.

PARALLELEN UND BRÜCHE

Hinweis der Redaktion:

Die Schreibweisen von Namen, Orten, Institutionen etc. wurden grundsätzlich so belassen, wie sie von den Autoren/Autorinnen in den n-ost-Originalbeiträgen verwendet wurden.



Foto: Marzena Hmielewicz/EST&OST

20 Jahre nach der Wende floriert der Markt für Boulevardblätter im Osten Europas.

BULGARIEN / RUMÄNIEN / POLEN

Boulevard als Westimport

In Osteuropa treibt der Boulevardjournalismus seit dem Fall des Eisernen Vorhangs besondere Blüten – zum Teil dank des Engagements westlicher Verlage

Sofia/Bukarest/Posen I „Sie brachte den Virus nach Rumänien“, titelte eine der drei führenden Boulevard-Zeitungen Rumäniens, als das Land im Mai seinen ersten Schweinegrippe-Fall vermeldete. Die drei Zeitungen veröffentlichten umgehend Name, Alter, Foto der Erkrankten und machten die Betroffene zum Staatsfeind Nummer 1: „Sie läuft frei durch Bukarest herum. Hüten Sie sich!“ Die Frau war längst in ärztlicher Betreuung, sie hatte sich umgehend bei den Behörden gemeldet, als sie erste Symptome spürte. Solche Fotos würden in westlichen Boulevard-Redaktionen zu einem Aufschrei führen, glaubt Marius Hagger, der in Rumänien

die Geschäfte des Schweizer Medienhauses „Ringier“ leitet. „Rumänische Boulevard-Blätter sind aggressiver als ‚Bild‘ oder ‚The Sun‘. Das Gleiche gilt auch für Medien in Bulgarien oder Polen. 20 Jahre nach der Wende floriert der Markt für Boulevardblätter. Die Boulevardisierung hat direkt nach der Wende als Antwort auf die trockene Verwaltungssprache der vorherigen Staatspresse eingesetzt.

Als erster ausländischer Investor auf dem bulgarischen Medienmarkt hat die deutsche WAZ-Mediengruppe 1996 ein besonders erfolgreiches Zeitungsmodell übernommen. Dazu gehören unter anderem die beiden auflagenstärksten Titel „24 Chasa“ (24 Stunden) und „Trud“ (Arbeit). Sie vereinen in einer hybriden Mischung die Elemente der Qualitäts- und der Boulevardpresse. „Qualitätsmedien sind in der bulgarischen Presselandschaft kaum vorhanden“, sagt Orlin Spassov, Medienwissenschaftler an der Universität

„Qualitätsmedien sind in der bulgarischen Presselandschaft kaum vorhanden.“

Sofia. „Dnevnik“ als einzige seriöse Tageszeitung und das Wochenblatt „Kapital“ fristen ein Dasein am Rande der öffentlichen Wahrnehmung.

Auch wenn der Boulevardstil kein Importprodukt durch die WAZ-Mediengruppe war, beeinflusste sie die Zeitungen in Bulgarien gravierend, erzählt

Vesislava Antonova, Journalistin bei der Wochenzeitung „Kapital“. „Sie brachten ein neues Grafikdesign mit: Größere Schlagzeilen, eine knappere Sprache, große Bilder auf der ersten Seite.“ Doch für eine Revolution sorgte WAZ in erster Linie durch ihr professionelles Geschäftsmodell. Während in Bulgarien oftmals Unklarheit darüber herrscht, wer hinter einzelnen Medienprodukten steht und welchen Interessen sie dienen, galten die Zeitungen im WAZ-Besitz von Anfang an als transparent und unabhängig von äußeren Einflüssen.

Doch Journalisten wie Vesislava Antonova kritisieren, dass WAZ von dieser Unabhängigkeit kaum Gebrauch macht. Auf ihrem 10-jährigen Jubiläum habe WAZ sich von Politikern aller Couleur den Hof machen lassen, erinnert sich die Journalistin. „WAZ pflegt einen konfliktlosen Umgang mit der Politik“, sagt Medienexperte Georgi Losanov. Die WAZ-Mediengruppe selbst betont dagegen die hohe Qualität der eigenen Produkte und, so der Hauptgeschäftsführer von WAZ in Bulgarien Axel Schindler, dass sie Wert auf journalistische Standards lege. Vesislava Antonova sieht das in der Praxis jedoch widerlegt: „WAZ hat zwar den Ethik-Kodex unterschrieben, hält ihn aber oft nicht ein.“

Und so sind viele Medienexperten vom Engagement der WAZ in Bulgarien enttäuscht. Große Hoffnungen auf mehr Qualität in der Medienlandschaft seien mit dem Eintritt eines ausländischen Investors in Bulgarien verbunden gewesen. „Das Potential, die Leserschaft langsam an andere Qualitätsstandards heranzuführen, wurde von WAZ nicht genutzt“, beklagt Orlin Spassov. Leider seien die Leser mittlerweile an den Boulevardstil gewöhnt und fänden die seriöse Presse langweilig.

Im Unterschied zur WAZ in Bulgarien zeigt der Axel-Springer-Verlag in Polen sehr wohl Präsenz – allerdings auch in negativer Hinsicht. Ein wahrer Zeitungskrieg war während der Europameisterschaft 2008 zwischen dem polnischen Springer-Blatt „Fakt“ und der deutschen „Bild“ ausgebrochen. „Fakt“ hatte in einer Fotomontage Michael Ballack, Kapitän des deutschen Fußballteams, im Ordensritterkampf gegen Leo Beenhacker, Trainer der Fußballer aus Polen, gezeigt. Es folgte ein Schlagzeilen-Abtausch, den „Bild“ mit „EM-Krieg gegen uns! Polen-Zeitung köpft Jogi & Ballack“ auf der Titelseite beendete.

Die Redaktionen bestreiten, den Inhalt der Artikel vereinbart zu haben. Die „Bild“ wolle Polen und Deutsche nicht gegeneinander aufhetzen, sondern spiele mit Stereotypen, hieß es damals. Michał Fijot, Sprecher des Axel-Springer-Verlags sagte, es handele sich um eine Polemik, die nur beweise, dass im Verlagshaus Pluralismus herrscht. Doch der deutsch-polnische Konflikt scheint für Springer schon lange eine Methode zu sein: ob im Streit um das Vertriebenenzentrum in Berlin und Erika Steinbach, um die SS-Mitgliedschaft von Günter Grass oder eine angebliche Präsidentenbeleidigung durch eine deutsche

Tageszeitung. Die Redakteure missachten dabei jegliche journalistischen und ethischen Standards. Der Deutsche Journalistenverband in Hessen reagierte auf die Pressehetze mit einer Resolution, der Hauptvorstand des Polnischen Journalistenverbandes unterstützte ihn und verlieh dem Axel-Springer-Verlag die „Hyäne des Jahres 2008“. Dies ist schon der dritte Anti-Preis, der an „Fakt“ geht. Seit der Titel am 23. Oktober 2003 auf dem Medienmarkt erschienen ist, hat das Blatt alle anderen Tageszeitungen des Landes nicht nur in Verkaufs- und Leserquoten (700.000 Auflage) überholt, sondern auch in der Zahl der verlorenen Gerichtsprozesse übertroffen.

Auch für das Schweizer Medienhaus Ringier in Rumänien gehört Boulevard zum Kerngeschäft. Der Konzern hatte Mitte der 90er-Jahre die erste Boulevard-Zeitung in Rumänien herausgebracht: „Libertatea“ („Freiheit“). Sie ist laut rumänischer Medienanalyse mit rund 235.000 Verkaufsexemplaren das auflagenstärkste Blatt im Land. Doch Ringier hat inzwischen mächtig Konkurrenz bekommen. So lancierten vor Jahren rumänische Verlagsrivalen zwei weitere Boulevard-Zeitungen, die innerhalb kürzester Zeit mit 100.000 Exemplaren eine beachtliche Auflage erreichten. „Wir dachten, der Boulevard-Markt ist längst gesättigt, doch wir wurden eines Besseren belehrt“, sagt Medienexpertin Ioana Avadani vom Zentrum für Unabhängigen Journalismus in Bukarest.

Auch wenn die drei Boulevard-Blätter von den insgesamt rund 600 Zeitungen und Zeitschriften im Land die meisten Leser erreichen, fallen ihre Auflagenzahlen zu westeuropäischen Medienmärkten vergleichsweise gering aus. Grund ist laut „Ringier“-Geschäftsführer Hagger „die ungenügende Infrastruktur im Land, durch die wir die Zeitungen oft nur verspätet ausliefern können“. Zudem lebt die Hälfte der Rumänen auf dem Land und bevorzugt es fernzusehen, statt eine Zeitung zu lesen.

Die Rivalen von „Ringier“ sind längst an zahlreichen landesweiten Fernseh- und Hörfunkstationen beteiligt. Damit können sie auf unterschiedlichen Kanälen ein Thema nach vorn bringen, so dass der Eindruck entsteht, es sei in allen Medien präsent. Entscheidend aber ist, dass die drei rumänischen Medienbesitzer kräftig in Wirtschaft und Politik mitsprechen. „Die drei Konzerne“, sagt Hagger, „brauchen ihre Medien, um ihre politischen und wirtschaftlichen Interessen durchzusetzen“.

„Nicht die Boulevardzeitungen sind unser Problem, sondern die Boulevardisierung aller anderen Medien.“

Das kann in der Realität bis zu dem Deal gehen, dass Politiker eine von den Medienbesitzern gewünschte Gesetzgebung verabschieden und im Gegenzug Sendezeiten und eine wohlgesinnte Presse erhalten, erzählen rumänische Journalisten. Hinzu kommt, dass sich parteiische Medien nicht an ethische Grundsätze des Journalismus halten. Im Konkurrenzkampf ist jedes Mittel Recht. So werden beispielsweise unwichtige Intimitäten von Politikern sowie Prominenten, aber auch ungeprüfte Informationen als Hauptnachrichten verkauft, um den Lesern und Zuschauern angeblich die richtige Orientierung zu geben.

„Nicht die Boulevardzeitungen sind unser Problem“, sagt Medienexpertin Avadani, „sondern die Boulevardisierung aller anderen Medien. Sie bezeichnen sich als Qualitätsjournalismus, doch in Wirklichkeit verkaufen sie haufenweise unseriöse Nachrichten.“ Dass sich die rumänischen Journalisten gegen die Manipulation ihrer Herausgeber zu Wehr setzen werden, ist bislang nicht zu erwarten. Vielmehr werden sie von den rumänischen Medienbesitzern seit Jahren mit Gehaltserhöhungen geködert, um das gefährliche Spiel mitzumachen.

Eine Analyse von den n-ost-Korrespondenten **Simone Böcker**, **Annett Müller** und **Marcin Rogozinski**



Fundierte Unterricht
über die Geschichte des Kommunismus
gibt es in wenigen Schulen Osteuropas.

Foto: KNA-Bild

RUMÄNIEN / TSCHECHIEN

Geschichte des Kommunismus: mangelhaft

In Tschechien und Rumänien wird die jüngste Vergangenheit nur unzureichend an Schulen gelehrt – trotz einzelner Initiativen der Bildungsministerien

Bukarest/Prag | In Petr Simiceks Unterricht werden Schüler oft selbst zu Forschern. Der Geschichtslehrer am Gymnasium Olga Havlova in Ostrava (Ostrau) gibt ihnen gern den Auftrag, in ihrer Familiengeschichte zu forschen, wie ihre Eltern den Alltag in den 1970er und 1980er Jahren erlebt haben. „Wir fangen im Kleinen an und kommen erst dann zur großen Geschichte“, erklärt Simicek seine Methode. Denn

so ging es ihm selbst auch: Sein Interesse an der jüngsten Geschichte wurde durch das Schicksal seines Onkels geweckt, der in den 1950er Jahren in einem kommunistischen Schauprozess zur Zwangsarbeit im Uranbergbau verurteilt wurde.

„Ich habe damals begriffen, dass totalitäre Systeme von einzelnen Menschen getragen werden müssen, die sich diesem System verschreiben und dass ohne diese Leute das System nicht funktionieren würde“, erklärt Simicek. Eine Erkenntnis, der sich die Mehrheit der Tschechen bis heute verschließt und mit der auch die meisten Schüler in ihrer Schulzeit nicht konfrontiert werden. Diskussionen über Zivilcourage sucht man in den allermeisten tschechischen Klassenzimmern vergeblich, ebenso wie fundierten Unterricht über die Geschichte der kommunistischen Tschechoslowakei.

Die Gründe sind vielfältig: Bislang war es weitgehend den einzelnen Schulen überlassen, ob und wieviel Geschichtsunterricht sie auf den Stundenplan setzen wollten. Auch die Entscheidung, welche konkreten Zeitepochen behandelt und wie sie gewichtet werden, bleibt den Schulen überlassen. Da die Lehrerausbildung in der neueren Geschichte in Tschechien noch immer mangelhaft ist, sind viele Lehrer ratlos, wie sie das Thema in der Schule unterrichten sollen. „Und so weichen sie ihm lieber aus“, sagt Petr Simicek. Die gängige Praxis in den Geschichtsstunden sieht bislang so aus: chronologisches Durchhecheln durch die ‚wichtigsten‘ Geschichtsdaten, Überflutung mit Faktenwissen, wenig Einordnung in größere Zusammenhänge. Am Ende der Schulzeit fällt die jüngste Geschichte nach 1945 häufig unter den Tisch. Viele tschechische Gymnasiasten verlassen die Schule, ohne dort ein Wort über die Zeit des Kommunismus gehört zu haben.

Die Lehrerausbildung im Fach Neuere Geschichte ist in Tschechien noch immer mangelhaft.

Erst jetzt hat das tschechische Bildungsministerium Handlungsbedarf erkannt. In einer neuen Richtlinie, die am 1. September in Kraft getreten ist, werden alle Schuldirektoren aufgefordert, die Behandlung der jüngsten Geschichte zur Priorität zu machen. Dazu gibt es eine Reihe von Hinweisen auf geeignete Unterrichtsmaterialien für die Lehrer. Bislang musste, wer einen spannenden Unterricht mit audiovisuellen Medien machen wollte, sich das Material in seiner eigenen Freizeit, unbezahlt, selbst zusammensuchen. Und das sei das eigentliche Problem, sagt Lukas Lebduska vom Institut zum Studium totalitärer Regime, einer Art tschechische Birthler-Behörde. Das Institut entwickelt seit einiger Zeit didaktische Materialien für den Geschichtsunterricht. „Das alles dem Lehrer allein zu überlassen, wäre sehr einfach. Leider passiert das in unserem Bildungswesen häufig“.

Das Bildungssystem in Rumänien ist in diesem Punkt schon weiter. Bereits vor einem Jahr wurde an Gymnasien auf Initiative eines Forschungsinstituts zur Aufarbeitung der kommunistischen Verbrechen ein einjähriges Wahlfach über die Geschichte des Kommunismus eingerichtet – zu jenem Zeitpunkt ein Novum für Osteuropa und ein überraschender Schritt für Rumänien. Denn bislang hat sich das Land mit der eigenen Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur äußerst schwer getan. So hielt Rumänien nach der Wende jahrelang die Archive der Kommunistischen Partei unter Verschluss, ebenso die Akten des berüchtigten Geheimdienstes Securitate. Eine Kehrtwende gab es erst Ende 2006. Damals hatte eine Historikerkommission im Auftrag des rumänischen Staatschefs Traian Basescu eine Studie über die Diktatur herausgegeben.

Das Fazit der Forscher: Das kommunistische Regime hatte rund zwei Millionen Menschen in Gefängnisse und Arbeitslager gesperrt. Ein Viertel davon starb, weitere 500.000 wurden Opfer von Verfolgung und Terror. Diese Zahlen stehen jetzt auch in einem Schulbuch, ebenso Erklärungen, wie solche Grausamkeiten geschehen konnten. Die erste Auflage vom Herbst 2008 war in Windeseile ausverkauft, weniger an Schüler, sondern an Eltern. „Der Wissensbedarf ist auch in dieser Generation noch riesig“, meint der Historiker Dorin Dobrinu, einer der Mitautoren des Schulbuches und Mitglied der Historiker-

kommission. In 35 Stunden – das ist neunmal so viel Zeit wie im obligatorischen Geschichtsunterricht – erfahren die Schüler des Wahlfachs Dinge, die sie weder im Elternhaus noch in der Schule so gehört haben. Doch nur zwei Prozent aller potenziellen Schüler können bislang das Fach wählen, die anderen 98 Prozent bekommen es gar nicht angeboten. „Nicht den Schülern fehlt die Begeisterung für den Stoff, sondern die Schulleitungen lassen sich nur schwer überzeugen, es anzubieten“, sagt die Historikerin Raluca Grosescu vom Forschungsinstitut zur Aufarbeitung der kommunistischen Verbrechen. Sie organisiert landesweit Fortbildungen für Lehrer, die das Fach unterrichten möchten.

Dass es dafür in Rumänien wie in Tschechien einen großen Bedarf gibt, zeigt beispielsweise eine im Februar veröffentlichte Schülerumfrage der Organisation „Mensch in Not“. Darin geben drei Viertel der tschechischen Schüler an, zu wenig oder fast gar nichts über die Jahre 1948 bis 1989 zu wissen. Nur ein

Bislang schauen die meisten Eltern zumeist nostalgisch auf die kommunistische Zeit.

Viertel fühlt sich ausreichend informiert. Bei einem Schreibwettbewerb in Rumänien sollten die Schüler aufschreiben, was sie unter dem Wort „Kommunismus“ verstehen. Das Ergebnis: Die meisten Schüler erklärten lediglich, man habe Schlange stehen müssen. Warum, wussten sie aber nicht. Andere meinten,

früher hätten alle Arbeit gehabt und wären nicht so extrem reich oder arm gewesen wie heute. Sie schrieben sehnsuchtsvoll über eine Zeit, die sie gar nicht kennen. Es waren die verklärten Erinnerungen ihrer Eltern, die die Schüler da notierten.

Dass die meisten Eltern bislang zumeist nostalgisch auf die kommunistische Zeit schauen, verwundert den 38-jährigen Historiker Dobrinicu nicht: „Viele haben ein Doppelleben geführt, sind Kompromisse eingegangen“. So war jeder vierte in Rumänien vor der Wende Parteimitglied, die meisten aus opportunistischen Gründen. Hinzu kommt, dass die heutige rumänische Demokratie von zahlreichen Nomenklaturisten geführt wird, die oft kein Interesse an der Wahrheit über die kommunistische Diktatur haben, in die sie selbst verstrickt waren.

In Tschechien versuchten Vertreter der Kommunistischen Partei in den vergangenen Monaten wiederholt, Einfluss auf Inhalt und Form des Geschichtsunterrichts zu nehmen, indem sie etwa gegen den Einsatz von Zeitzeugen oder historischen Dokumentarfilmen über die stalinistischen Schauprozesse protestierten. Tschechische Schüler würden „antikommunistisch“ indoktriniert, so der Vorwurf. Auch die Gründung des tschechischen Instituts zum Studium totalitärer Regime, dessen Hauptanliegen es ist, die früheren Geheimdienstakten öffentlich zugänglich zu machen, kam nur mühsam gegen die Widerstände von Sozialdemokraten und Kommunisten zustande.

Der Geschichtsunterricht spiegele letztlich die unzureichende Auseinandersetzung der gesamten Gesellschaft mit ihrer kommunistischen Vergangenheit wider, meint Petr Simicek. „Die tschechische Gesellschaft hat noch keine grundlegende Katharsis durchgemacht. Das ist traurig, 20 Jahre nach der Wende, aber es ist die Realität“. Und die rumänische Schriftstellerin Ana Blandina, die vom kommunistischen Regime wegen ihrer kritischen Texte verfolgt worden war, bezeichnet den rumänischen Geschichtsunterricht scharfzünftig als „Gehirnwäsche von jenen, die ihre Vergangenheit nicht kennen“.

Ein Feature von den n-ost-Korrespondentinnen **Annett Müller** und **Silja Schultheis**, Bukarest / Prag



Foto: Björn Steinz

Die Slowakei steht in der Autoerzeugung pro Kopf weltweit an der Spitze, direkt danach folgt Tschechien.

TSCHECHIEN / SLOWAKEI

Kleiner Bruder gegen großen Bruder

Der Weg Tschechiens und der Slowakei –
wie aus einer Volkswirtschaft zwei wurden.

Prag/Bratislava | Neujahr 2009. Es ist anderthalb Stunden nach Mitternacht, als der slowakische Premierminister Robert Fico triumphierend sein erstes Bündel Euro in die Fernsehkameras schwenkt, das er soeben am Geldautomaten des Parlaments in Bratislava abgehoben hat. Fast zwanzig Jahre nach der friedlichen Revolution 1989 wird die Slowakei als erstes ehemals postkommunistisches Land in Mitteleuropa in den elitären Klub der Euro-Länder aufgenommen. Und der Zeitpunkt konnte nicht besser gewählt sein.

Während sich die Währungen der Nachbarländer Ungarn, Polen und Tschechien aufgrund der Finanzkrise auf Talfahrt befinden, wird das kleine Land unterhalb der Tatra vom Euro-Anker gehalten.

Nirgendwo wurde die Einführung des Euro in der Slowakei so aufmerksam verfolgt wie in Tschechien. Kein Wunder, beide Volkswirtschaften waren bis 1992 in der gemeinsamen Tschechoslowakei verbunden. Wie die Kommentare auch ausfielen, in einem herrschte Einigkeit. „Die Entwicklung in der Slowakei kann zum Muster werden, wie eine Euro-Einführung in Tschechien wirken würde.“ Das waren ganz neue Töne. Denn bis zu diesem Zeitpunkt war es eher Tschechien, das von westlichen Investitionsberatern stärker empfohlen wurde.

Als die Tschechoslowakei 1948 zur Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik (ČSSR) wurde, waren Böhmen und Mähren stärker industrialisiert als die vorher eher landwirtschaftlich ausgerichtete Slowakei. Nach den 1950er Jahren baute man dort vor allem Maschinenbau-, Stahl-, Chemie- und Rüstungsbetriebe auf, damit sich die Unterschiede im industriellen Bereich ausgleichen. Im Gegenzug flossen beachtliche Investitionen aus der Slowakei in die gemeinsame Hauptstadt Prag.

„Im Sozialismus ist etwas gelungen, was nicht einmal in Italien geklappt hat: dass beide Volkswirtschaften angeglichen wurden“, erinnert sich der Wirtschaftsprofessor Jan Švejnar.

„1989 waren sich Tschechien und die Slowakei wirtschaftlich näher als je zuvor in der gemeinsamen Geschichte“, so seine überraschende Einschätzung. Der gebürtige Tscheche war nach der Niederschlagung des Prager Frühlings mit seinen Eltern in den Westen emigriert und lehrt heute an der Universität in Michigan. Als das kommunistische System 1989 zusammenbrach, kehrte er sofort zurück und legte einen Plan zur Privatisierung der Volkswirtschaft vor. Seitdem gilt er als einer der Väter der „Kupon-Privatisierung“, durch die jeder Einwohner einen Anteil am Volksvermögen erhielt und die Anfang der 1990er Jahre für Aufsehen sorgte. Denn anders als in Russland oder Polen verlief der Übergang von der zentralen Planwirtschaft zur Marktwirtschaft in der Tschechoslowakei verhältnismäßig glatt.

Švejnar hat als früherer Berater von Präsident Vaclav Havel die Entwicklung seit 1989 beobachtet und mitgeprägt. Ausgerechnet Havel sorgte nach seinem Amtsantritt für eine deutliche Schwächung der slowakischen Wirtschaft und Steigerung der Arbeitslosigkeit. Als überzeugter Pazifist ordnete er die Schließung der Rüstungsbetriebe an. Diese Initiative hatte allerdings einen Haken: Von der Entscheidung waren vor allem die slowakischen Werke betroffen, während diese Industrie in Tschechien bis heute eine bedeutende Rolle spielt.

Auf die Staatstrennung hatten aber weder Havel noch Švejnar einen Einfluss. Es handelte es sich um eine rein politische Entscheidung der späteren Premierminister Vladimir Meciar und Vaclav Klaus, der nicht einmal eine Volksabstimmung zugrunde lag. Ab 1. Januar 1993 gingen beide Staaten getrennte

Wege. „Aus rein wirtschaftlicher Sicht gab es keinen Grund für die Auflösung der Tschechoslowakei. Ich appellierte also, die zwei sich ergänzenden Teile nicht auseinander zu reißen, und sich lieber der Lösung der politischen Fragen zu widmen“, blickt Švejnar zurück.

Immerhin wurde die Trennung durch die starken Föderationsgesetze von 1968 erleichtert. Auf dieser Basis konnten sich beide Staaten lange vor dem Beitritt zur Europäischen Union auf eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit einigen. Sie umfasste unter anderem eine Zollunion sowie den erleichterten Zugang zu Universitäten und Arbeitsmarkt für die Bevölkerung des Nachbarlandes. Die Folge war, dass bis heute die gemeinsame Handelsbilanz im Vergleich zu anderen Staaten überproportional hoch ist. Nur mit Deutschland treiben beide Länder mehr Handel.

Trotz der Gemeinsamkeiten befanden sich beide Staaten fortan in einem Fernduell, das zunächst klar die Tschechen gewannen. Während das Land mit liberal geprägten Reformen zum Musterschüler der Transfor-

Die Trennung wurde durch die starken Föderationsgesetze von 1968 erleichtert.

mation aufstieg, schoss die Arbeitslosenrate in der Slowakei auf das Doppelte des Wertes in Tschechien. Die Sozialausgaben wurden eine immer höhere Belastung für den Staatshaushalt. Gemeinsam mit Polen und Ungarn klopften die Tschechen unüberhörbar an die Pforte der Europäischen Union, während sich die Slowakei unter ihrem autokratischen Premierminister Vladimir Meciar als Wackelkandidat in der zweiten Erweiterungsrunde wieder fand. Letztlich wurde Meciar in der Slowakei abgewählt und beide Länder traten der Europäischen Union gemeinsam bei.

Die Rollen tauschten sie allerdings schon vor dem Beitritt. Die Slowakei verabschiedete sich von ihrer Sozialpolitik und legte ein liberales Reformprogramm auf. Mit Haushaltsdisziplin wurde der Grundstein für die Euro-Einführung gelegt und mit einem niedrigen Einheitssteuersatz das Investitionsklima deutlich verbessert. Auch Tschechien senkte zwar die Körperschaftssteuern. Aber immer neue Sozialgeschenke trieben das Staatsdefizit trotz robusten Wachstums in schwindelerregende Höhen und die Euro-Einführung in immer weitere Ferne. Dagegen hält die Slowakei bis heute ihre Finanzen streng in Ordnung. Sie konnte sich in der aktuellen Krise sogar als einziges Land in Osteuropa eine Abwrackprämie gönnen.

Der Konkurrenzkampf der ehemaligen Bruderländer hat beiden jedoch gut getan. In der Zeit der Krise stehen sie besser da als andere Transformationsstaaten. Einen großen Anteil an den positiven Wirtschaftszahlen der letzten Jahre haben die Automobilindustrie und ihre Zulieferer. Sie bilden in beiden Ländern mehr als ein Drittel des Produktionsvolumens. Die Slowakei steht in der Autoerzeugung pro Kopf weltweit an der Spitze, direkt danach folgt Tschechien. Die Konzentration auf einen Industriezweig hat allerdings ihre Nachteile, wie der aktuelle Einbruch der Autoverkäufe zeigte. „Vorübergehend hat uns die Autoindustrie sehr geholfen, sie brachte neue Arbeitsplätze und relativ hohe Gehälter“, hebt Švejnar hervor. Er empfiehlt zugleich eine strategische Vorgehensweise bei der Planung der Industriebereiche, „damit wir nicht zu sehr nur von einem Industriezweig abhängig sind, der zyklische Eigenschaften hat.“

Trotz erfolgreicher Transformation sind beide Länder laut Švejnar auf die aktuelle Wirtschaftskrise nicht vorbereitet. „Wir haben nicht ausreichend in neue Technologien, Forschung und Entwicklung investiert. Das gilt auch für die Slowakei“, erklärt der 57-Jährige. Denn an einem Bereich ist der Systemwechsel völlig vorbeigegangen: am Bildungssystem. „Hier geht es immer noch zu sehr um Quantität, die Lehrer werden zu wenig an der Qualität gemessen. Und die Hochschulen erhalten alle das gleiche Geld, egal ob sie gut sind oder nicht. Das ist nichts anderes als eine zentral gelenkte Planwirtschaft“, bemängelt Švejnar, der mit dem amerikanischen Hochschulsystem groß geworden ist. Dabei bekommen die Schüler in Tschechien und der Slowakei durchaus eine solide Allgemeinbildung vermittelt. Die Hochschulen bereiten die Studenten eher auf die Grundlagenforschung vor, die angewandte und damit Geld bringende Forschung bleibt allerdings auf der Strecke. So ziehen beide Länder bei dem Wettkampf um die besten Gehirne und Technologien gegen westliche Universitäten regelmäßig den Kürzeren.

Eine Analyse von dev n-ost-Korrespondenten

Daniela Capcarová, Bratislava, und **Steffen Neumann**, Prag

Der Konkurrenzkampf der ehemaligen Bruderländer hat beiden gut getan.

Foto: Michał Sosna



In Polen treten Verfall und Moderne häufig in direkter Nachbarschaft auf, wie hier im schlesischen Katowice.

POLEN

Auch Polen hat Ossis

Die Regionen östlich der Weichsel hinken dem Rest des Landes hinterher.
Doch mancher Nachteil wird heute zur Chance

Ostpolen I „Die Schienen verlaufen entlang der Straße, auf der Fahrradfahrer schneller unterwegs sind als der Zug.“ So beschreibt eine Reisende ihre Erlebnisse auf dem zweiten Teil der Bahnstrecke von Krakau zum ostpolnischen Zamosc. „Leider muss man sagen, es gibt ein Polen A und ein Polen B“, konstatiert sie. Was die Journalistin da umreißt, ist die innere Teilung Polens zwischen den Gebieten westlich und östlich des polnischen Hauptflusses, der Weichsel.

Heute werden fünf von 16 polnischen Verwaltungsgebieten zum Osten Polens gezählt – und damit zugleich zu „Polen B“. Es sind die Wojewodschaften Świętokrzyskie, Podlaskie, Warmińsko-Mazurskie,

Lubelskie und Podkarpackie. In diesem Gebiet, das knapp ein Drittel der Gesamtfläche des Landes umfasst, leben mit über acht Millionen Einwohnern 21 Prozent der polnischen Bevölkerung. Allerdings mit fallender Tendenz, weil überdurchschnittlich viele, vor allem junge Polen, von dort wegziehen. Die meisten sehen sich mit zu vielen Problemen konfrontiert: einer unproduktiven Landwirtschaft, miserabler Infrastruktur, wenig Unternehmertum, geringer Urbanisierung. Und während das BIP pro Einwohner in Gesamtpolen bereits im Jahr 2005 die Hälfte des EU-25-Durchschnitts erreicht hatte, lag es in den östlichen Regionen Polens offiziell bei 31 bis 35 Prozent.

Die Ursachen für diese Rückständigkeit reichen weit zurück – bis in die Zeit der polnischen Teilungen Ende des 18. Jahrhunderts (siehe Hintergrund). In den vergangenen 20 Jahren seit der politischen Wende konnten zwar einige Ungleichheiten abgemildert werden, aber im Großen und Ganzen ist die innerpolnische Teilung geblieben – und hat sich mitunter sogar verschärft. Zugleich ist es durch den Fall des Eisernen Vorhangs und den später folgenden EU-Beitritt Polens überhaupt erst möglich geworden, die Lebensverhältnisse in Polen sowie im Vergleich zu anderen EU-Ländern einander anzugleichen. Die vielschichtigen Transformationsprozesse seit 1989 sorgen dafür, dass negative und positive Entwicklungen, vor allem in Ostpolen, ineinander greifen. Viele Nachteile scheinen sich nach und nach zum Vorteil, zu einer Chance auszuwachsen.

Überdurchschnittlich viele, vor allem junge Polen ziehen von dort weg.

So sind Menschen aus diesen östlichen Regionen zwar beispielsweise deutlich stärker von Armut betroffen, weil diese stärker als andere Regionen Polens landwirtschaftlich geprägt sind – im Gegensatz zu Ländern Westeuropas, wo Armut sich vor allem in (Groß-)Städten konzentriert. Um jedoch diese Armutsunterschiede zu mildern, haben das Land sowie die EU mehrere Förderprogramme auf verschiedenen Ebenen aufgelegt. „Das waren zum Teil rettende Investitionen, denn so konnten etwa Krankenhäuser modernisiert werden“, sagt der Soziologe Dariusz Wojakowski von der Universität Rzeszów in der Ost-Region Podkarpackie. Unter anderem dadurch seien die meisten Europa-Skeptiker der Region in den letzten fünf Jahren verstummt, glaubt der Forscher.

Auch das Thema Migration hat in Ostpolen zwei Seiten. Das Durchschnittsalter in Ostpolen wächst im Vergleich zu Rest-Polen überproportional, weil vor allem Menschen im Alter zwischen 20 und 44 Jahren in die Hauptstadtregion Mazowsze oder, seit 2004, in nördlich gelegene EU-Staaten ziehen. Einige Regionen sind regelrecht von jungen Menschen entvölkert. Viele Kinder bleiben längere Zeit bei ihren Großeltern, weil ihre Eltern im Ausland Geld verdienen. Der Soziologe Wojakowski glaubt gleichwohl, dass die Migranten mittelfristig nicht nur, wie gegenwärtig, Geld für den Konsum in die Region bringen. „Viele Rückkehrer kommen mit einer anderen Einstellung zur Arbeit wieder. Man kann erwarten, dass etliche von ihnen ihre Ankündigungen wahr machen und eigene Unternehmen gründen.“

Die geringe wirtschaftliche Entwicklung könnte sich ebenso als Katalysator entwickeln. Derzeit zeichnen sich lokale Unternehmen durch eine geringe Innovationsfähigkeit aus, ausländisches Kapital verirrt sich selten nach Ostpolen – und wenn, dann sind es zumeist verlängerte Werkbänke großer Unternehmen, die vor allem auf die niedrigen Arbeitskosten setzen. Gleichwohl dürfe man nicht einfach blind industrialisieren, sondern die einzelnen Regionen müssten auf ihr eigenes Potenzial setzen, sagt der Ökonom Przemyslaw Susmarski, der an dem Forschungsinstitut für Marktwirtschaft in Gdansk die polnischen Regionen und die europäische Integration untersucht.

Susmarski spricht von Agro-Tourismus und Dienstleistungen – in einigen Ost-Regionen gibt es das bereits. So gründete die Wojewodschaft Podkarpackie die Sonderwirtschaftszone Europark Mielec, die sich in den 14 Jahren ihres Bestehens als das polnische „Tal der Luftfahrt“ positioniert hat. Fast 50 polnische und internationale Unternehmen der Branche sind dort mittlerweile aktiv, im Mai 2009 hat der deutsche Hersteller von Flugzeugkomponenten MTU dort eine Fabrik eröffnet. MTU und den anderen

Firmen geht es dabei nicht hauptsächlich um die niedrigen Arbeitskosten, sondern vor allem um das Know-How und die Netzwerke, die bewusst in die Region gelockt wurden. „Das hat in jedem Fall eine positive Ausstrahlung auf die Region. So entwickelt sich etwa die technische Universität von Rzeszów prächtig, in der die künftigen Kader der Branche ausgebildet werden“, sagt Soziologe Wojakowski. Weiteres Entwicklungspotenzial der östlichen Regionen liegt noch brach – am offensichtlichsten im Tourismus. Viele Wojewodschaften verfügen über viel unberührte Natur: Die Seen in den Masuren sind seit Jahrzehnten ein Mekka für polnische Segelfans, das Podkarpackie lockt mit dem unberührten Bieszczady-Gebirge, und im Podlaskie gibt es den einzigen erhaltenen Urwald Europas. Polnische und ausländische Besucher schätzen vor allem das Unfertige, Unerschlossene dieser Regionen. Doch wohl genauso viele potenzielle Touristen werden von mangelhaften Straßen und dürrtiger Hotelinfrastruktur abgeschreckt. Und noch viel mehr wissen gar nicht, dass es diese touristischen Perlen überhaupt gibt.

Augenscheinlich wissen aber viele Einheimische, was sie an ihrer Region haben. Denn eine repräsentative Umfrage aus dem Jahr 2008 zeigte, dass ihre Zufriedenheit mit einzelnen Aspekten des Lebens wie etwa mit der beruflichen und materiellen Situation nicht deutlich hinter wirtschaftlich stärkeren Regionen Polens zurücksteht. Soziologe Wojakowski erklärt dies so: „Zum einen messen die Menschen ihre Zufriedenheit nicht nur an Wirtschaft – man sagt nicht zu Unrecht, dass ärmere Menschen häufig glücklicher sind.“

Die anderen Gründe lägen aber darin, dass in den östlichen Regionen Schwarzarbeit viel mehr ausgebreitet sei und zudem bei vielen Statistiken die Geldtransfers der Migranten nicht gezählt würden. Und: „Wenn ich durch Polen fahre, dann sehe ich in Westpolen teilweise viel ärmere Regionen als bei uns im Osten“, sagt Wojakowski. Wichtig für die allgemeine Zufriedenheit sei aber noch eines, findet der Soziologe: „Jemand, der die schwierige Situation vor 1989 erlebt hat, den haut selbst eine Krise wie die jetzige nicht so schnell um.“

*Eine Analyse von den n-ost-Korrespondenten **Jan** und **Katarzyna Opielka**, Krakau*

HINTERGRUND

Ursachen des Ungleichgewichts

Ab 1795 bis 1918, während der Nicht-Existenz eines unabhängigen polnischen Staates, entwickelten sich die Regionen ähnlich wie die Staaten, von denen sie besetzt waren: Russland, Österreich und Preußen, später das Deutsche Reich.

Während die russischen und österreichischen Teile – Ost-, Zentral- und Südost-Polen – eine langsamere Entwicklung nahmen, mit wenig Industrialisierung und Urbanisierung, entwickelten sich die preußisch besetzten Gebiete bis auf den Nordosten Polens deutlich stärker, etwa das ober-schlesische Industriegebiet, die Region um Gdańsk, oder der Westen Polens mit der Stadt Poznań.

Die innerhalb von mehr als einem Jahrhundert entstandenen Unterschiede konnten auch nach dem Wiedererlangen der Unabhängigkeit Polens 1918 nicht beseitigt werden, sondern haben sich noch weiter vertieft. Auch in der Zeit nach 1945, als ein Großteil des polnischen Ostens an die Sowjetunion verloren ging.



Foto: Olaf Sundermeyer

Die Lizenz für die „Gazeta Wyborcza“ war Ergebnis der Verhandlungen am Runden Tisch zwischen den kommunistischen Machthabern und Oppositionellen in Polen.

POLEN/TSCHECHIEN

Frei und missionarisch

Zwei Kinder der Revolution: Die polnische „Gazeta Wyborcza“ und die tschechische „Respekt“ sind heute unverzichtbarer Bestandteil der Medienlandschaft

Warschau/Prag | Sie sind beide in der Opposition entstanden, doch ein entscheidender Unterschied macht die „Gazeta Wyborcza“ im Vergleich zu „Respekt“ zu einem Phänomen: Die Lizenz für das unzensurierte Blatt war Ergebnis der Verhandlungen am Runden Tisch zwischen den kommunistischen Machthabern und Oppositionellen in Polen. Eben dort wurden die ersten „halbfreien“ Parlamentswahlen des 4. Juni ausgehandelt, und eben dort wurde die „Gazeta Wyborcza“ (Wahlzeitung) erkämpft. Sie sollte als erste offizielle Publikation der oppositionellen Solidarność zunächst „Tägliche Zeitung“ heißen. Der Zusatz „Wahl“ sollte nur bis zu den anstehenden Wahlen gelten, für eine publizistische Zukunft gab es keine Pläne.

Bei „Respekt“ gab es indes eine Redaktion, noch bevor das neue Blatt einen Namen hatte. Es war aus einem Informationsblatt des oppositionellen Bürgerforums hervorgegangen und wurde im April 1990, also etwa ein Jahr nach der „GW“, gegründet. Während bei der polnischen Zeitung die Mission den Namen vorgab, nämlich die Entwicklung bis hin zu den Wahlen zu begleiten, schlug beim Brainstorming in Prag der Fahrer des Hauses den Titel „Respekt“ vor, und die Redakteure waren begeistert.

Von da an nahmen die beiden Publikationen eine ähnliche Entwicklung. In der Wende- und jüngeren Nachwendezeit waren sie Selbstläufer. So wurde bis Mitte der 1990er Jahre den Machern von „Respekt“ das Blatt regelrecht aus den Händen gerissen. Denn die Redaktion arbeitete investigativ und deckte viele Missstände auf: vom millionenschweren Kreditbetrug in den ersten Jahren der Marktwirtschaft über Verflechtungen von organisierter Kriminalität und hoher Politik bis zu den ghettoartigen Lebensbedingungen eines Teils der Roma-Minderheit. Der frühere Premierminister Milos Zeman fühlte sich von „Respekt“ derart angegriffen, dass er die Redaktion mit Klagen wirtschaftlich zugrunde richten wollte. Und einer seiner Nachfolger, der Premier Stanislav Gross, musste infolge eines „Respekt“-Artikels sogar zurücktreten.

Auch die links-liberale „GW“ positionierte sich als publizistische Speerspitze für ein freies Polen. Nach der Gründung konnte das Team um den Intellektuellen und Chefredakteur Adam Michnik fähige Leute um sich scharen. „Sie haben qualitativ gute Arbeit geleistet und ein sehr gutes redaktionelles Team gehabt“, sagt Zbigniew Bajka, Medienhistoriker an der Jagiellonen-Universität Krakau. Die Zeitung sei die erste freie Publikation gewesen, die eine breite Leserschicht ansprach, und ihnen zunächst polnische, dann internationale Politik und schließlich die verheerenden wirtschaftlichen Umwälzungen im Land zu erklären versuchte, sagt der Wissenschaftler.

Der Erfolg ist umso beachtlicher, als dass die Macher beider Publikationen im Kommunismus als oppositionelle Autoren gearbeitet hatten. „Es gab etliche Leute, die nicht journalistisch schreiben konnten, alle Texte sind durch alle Hände gegangen“, erzählt Seweryn Blumsztajn, der seit August 1989 bei der „Wyborcza“ arbeitet, über die Anfangszeit. Man habe mit einem Telefon und in einem kleinen Lokal angefangen, habe zudem über Monate die Druckerei und die Vertriebsfirma nicht bezahlen können.

Für die Prager Redaktion war es eine Umstellung, plötzlich nach westlichen Standards zu schreiben. „Ich hatte damals Informationen, dass Staatssicherheitsleute verseuchte Schokobonbons nach Tschechien importierten. Aus heutiger Sicht eine eher banale Geschichte“, erinnert sich Ivan Lamper, Mit-

begründer und erster Chefredakteur von „Respekt“.

Eine Kollegin aus Dänemark habe sich jedoch über seinen Text gewundert. „Du erhebst Vorwürfe, aber der, um den es geht, kommt nicht zu Wort, weil du ihn nicht befragst“, erklärte sie damals. Ich versuchte ihr klarzumachen, dass das Stasi-Typen sind, die man

nicht einfach nach etwas fragen konnte, ohne gleich eingesperrt zu werden. Da prallten Welten aufeinander“, beschreibt der heutige Chef vom Dienst die harte Schule in Sachen Medienfreiheit.

Die Macher beider Publikationen hatten im Kommunismus als oppositionelle Autoren gearbeitet.

Mitte der 90er Jahre sah es für „Respekt“ nicht mehr so gut aus. Die Zeitschrift genoss zwar weiter Anerkennung, aber immer weniger Menschen kauften sie. Es gab inzwischen andere Zeitschriften. Außerdem wurde das Blatt zunehmend kritisiert. Ihm wurde einseitige Berichterstattung mit Orientierung auf eine liberale und zugleich alternative Leserschaft vorgeworfen. Immer mehr Leser wandten sich von dem Blatt ab. In Polen war es vor allem „GW“-Chefredakteur Adam Michnik, der in der Kritik stand. Einst hatte er als Dissident mehrere Jahre in kommunistischen Gefängnissen verbracht, dann wurde er mit seiner Wahlzeitung zu einer der einflussreichsten Persönlichkeiten des Landes – und bis heute zu einer hoch umstrittenen. Kritiker attestieren ihm, eine schützende Hand über ehemalige kommunistische Kader zu halten. Seiner Zeitung wird eine „selektive“ Publizistik vorgeworfen, die „GW“ monopolisiere zudem die Interpretation der jüngsten polnischen Geschichte, heißt es.

Doch dieses Phänomen betrifft nicht allein die beiden Speerspitzen der Pressefreiheit in Polen und Tschechien. Anders als in Deutschland kämpfen beispielsweise in Polen die größten Medienunternehmen, vor allem die Presse, mit viel härteren Bandagen um politische Deutungshoheit. Der Medienhistoriker Zbigniew Bajka erklärt, dass nach 1989 auf die einstige staatliche Zensur eine informelle Zensur gefolgt sei. Denn gänzlich frei arbeiten seiner Ansicht nach viele polnische Journalisten auch heute nicht. „Man spricht auch von der ‚Freiheit der Eigentümer‘“, sagt der Wissenschaftler ironisch, dabei würden „Effekte politischer Sympathien“ zum Tragen kommen. In Tschechien, das von „Reporter ohne Grenzen“ auf die vorderen Plätze der Rangliste der Pressefreiheit gesetzt wurde, sind es vor allem intransparente Besitzverhältnisse, die Möglichkeiten versteckter Einflussnahme bieten.

„Wir sind mit der Überzeugung angetreten, dass man mit einer Zeitung die Welt besser machen kann.“

Jedoch sind sowohl „Respekt“ als auch „GW“ davon überzeugt, dass ihre heute immer noch hoch angesehene Position in der Presselandschaft ihrer Länder daher rührt, dass sie eindeutig Position beziehen. „GW“-Redakteur Seweryn Blumsztajn begründet dies so: „Wir sind von Anfang an mit der Überzeugung angetreten, dass man mit einer Zeitung die Welt besser machen kann.“ Genau diesem Ethos sei man bis heute treu. So verteidigte das Blatt jüngst in einer fast kampagnenartigen Berichterstattung den früheren Präsidenten, die Solidarność-Ikone Lech Wałęsa, gegen Vorwürfe, er habe in den 70er Jahren mit dem Geheimdienst kooperiert. Auch in gesellschaftlichen Fragen mischt sich die Zeitung ein, in ihrer groß angelegten Kampagne „Menschlich gebären“ etwa machte sie die besten Entbindungsstationen des Landes ausfindig und trug erheblich zu Verbesserungen in diesem Bereich bei.

„Respekt“ geht es nach einem großen Aderlass an Redakteuren heute wirtschaftlich wieder besser. Mit einem neuen Besitzer und einem anderen Format wurde die Auflage fast verdoppelt. „Der Inhalt hat sich jedoch nicht geändert“, betont Lamper. Redakteure bei „Respekt“ würden sich weiter einer besonderen Mission verpflichtet fühlen. „Warum wir bis heute überlebt haben“, liegt für Lamper darin begründet, dass sich die Macher von „Respekt“ schon vor 1989, wenn auch unter erschwerten Bedingungen, im journalistischen Handwerk eines freien Mediums geübt hatten.

Ein Bericht von den n-ost-Korrespondenten **Jan** und **Katarzyna Opielka** und **Steffen Neumann**

HINTERGRUND

Im Ausland bekannt

„Euer Präsident – unser Premier“, so lautete einer der berühmtesten Aufmachertexte der „Gazeta Wyborcza“ in ihrer Anfangszeit. Der Artikel von Chefredakteur Adam Michnik, im Juli 1989 erschienen, sollte den Weg vorzeichnen für den ersten nicht-kommunistischen Ministerpräsidenten in einem Ostblock-Staat – Tadeusz Mazowiecki.

Spätestens seit 2008 ist „Respekt“ im Ausland bekannt: Das Magazin publizierte die Recherche eines Historikers, der den heute in Frankreich lebenden tschechischen Schriftsteller Milan Kundera verdächtigte, 1950 einen Westagenten verraten zu haben. Gerade die Aufarbeitung der Verbrechen der kommunistischen Diktatur war lange Zeit eines der Hauptthemen der Zeitschrift.



Gyula Sebes und seine Familie wohnen am Stadtrand von Kunmadaras.

Foto: Stephan Ozsváth

BULGARIEN / UNGARN

Roma als Sündenböcke?

Roma in Südosteuropa sind die Verlierer der Revolutionen von 1989. Doch es gibt auch Beispiele für gelungene Integration

Lom / Kunmadaras | Die friedlichen Revolutionen in Osteuropa werden heute, 20 Jahre später, vor allem als Aufbruch in Freiheit und Selbstbestimmung gefeiert. Der größten Minderheit in Europa, den Roma, bescherten sie hingegen vor allem in Südosteuropa eine Verschlechterung der Lebensbedingungen. Nach der Wende 1989 waren die Roma die ersten, die ihre Jobs verloren. So ist beispielsweise in Ungarn jeder vierte der rund 600.000 Roma mangels Bildung arbeitslos, viele sind auf staatliche Unterstützung angewiesen. Ungarische Rechtsextreme diffamieren sie als Sozialschmarotzer.

„Ich verdiene die Stütze, von der Du lebst“, heißt es in einem Hass-Video einer ungarischen Nazi-Band, frei zugänglich auf dem Internet-Portal „You Tube“. Eine Meinung, die derzeit in Ungarn viele Anhänger findet. „Ungarn ist ein sehr rassistisches Land“, sagt Gina Böni – eine Schweizerin, die in Budapest ein Projekt für Roma gegründet hat. Auch Justizminister Tibor Draskovics gibt unumwunden zu: „Die fehlende gesellschaftliche Integration der Roma ist das größte Debakel der vergangenen 20 Jahre.“ Jede Regierung sei bislang daran gescheitert. Auch die Bürgermeister vor Ort sehen meist hilflos zu, wenn gegen Roma gehetzt wird.

„Was die Regierung macht, ist ein Witz“, sagt der Sozialist Sándor Márki, Bürgermeister des 6.000 Einwohner zählenden Puszta-Städtchens Kunmadaras. Das Hauptproblem aus seiner Sicht: Es gibt zu wenig Geld für soziale Programme. Die Arbeitslosenquote in Kunmadaras liegt seit Jahren bei rund 23 Prozent. Und die Leute sind sehr lange arbeitslos. Fast jeder Dritte in Kunmadaras hegt Sympathien für die rechtsextreme Partei Jobbik. Der Bürgermeister macht die allgemeine Unzufriedenheit für den Wahlerfolg der Rechtsextremen verantwortlich. Und: „Ich glaube nicht, dass nur Jobbik ausdrücklich gegen Zigeuner ist. So ein Denken gibt es bei allen Parteien.“

„Hier in Kunmadaras ist nicht das Problem, ob einer Zigeuner ist“, sagt Márki, „sondern ob jemand so viele Straftaten begeht, wie es die Zigeuner nun mal tun.“ Ob das so stimmt, dazu will bei der örtlichen Polizei niemand Auskunft geben. Es werde viel geklaut, heißt es lediglich. Seit Jahren. „Alles, was weggetragen werden kann“, sagt ein Polizist, „vom Huhn bis zur Bahnschwelle.“ Das gefällt auch vielen Roma nicht. „Ich finde es blöd, wenn der Omi das letzte Huhn geklaut wird“, empört sich Gyula Sebes, der mit seiner Frau und drei Kindern am Stadtrand von Kunmadaras wohnt. Natürlich sei auch die Armut schuld daran, dass geklaut werde, sagt er.

„Man muss die Leute mal ein bisschen härter anfassen“, fordert eine ältere Ungarin. Sie wünscht sich mehr Ordnung in ihrer Stadt, und dass weniger gestohlen wird. Unumwunden gibt sie zu, bei den Europawahlen für die rechtsextreme Partei Jobbik gestimmt zu haben. „Aber nicht, weil sie gegen Zigeuner sind“, behauptet sie. Es sei tatsächlich weniger der offene Rassismus von Jobbik, der die Wähler anziehe, glaubt der Bauarbeiter István Rabics. Es sei der Frust über die etablierten Parteien: die Sozialisten, die Liberalen und den rechtskonservativen Bürgerbund Fidesz. „Wir brauchen eine neue politische Kraft“, sagt er, „aber nicht so eine.“

Auch die Schweizerin Gina Böni ist überzeugt, dass das Problem bei der politischen Elite liegt. Die sage eben nicht: „So nicht!“, wie in anderen Ländern. Deshalb kommt es immer häufiger auch zu Gewalt gegen Roma. Anfang August ist nur 100 Kilometer von Kunmadaras entfernt eine alleinerziehende Roma-Mutter heimtückisch ermordet worden. In Kisléta, im Grenzgebiet zu Rumänien und der Ukraine, drangen Unbekannte in das Haus von Mária Balogh ein und töteten die 43-Jährige offenbar im Schlaf mit mehreren Schüssen. Ihre 13-jährige Tochter überlebte schwer verletzt und wird jetzt im Krankenhaus in Nyiregyháza behandelt – unter Polizeischutz. Die Polizei setzte mittlerweile 100 Millionen Forint Belohnung für Hinweise aus, die zu den Tätern führen.

„Das sind keine spontanen Angriffe, die sind geplant“, glaubt der Bürgermeister von Kunmadaras Márki. Es ist schon der sechste Mord an Roma in anderthalb Jahren, rechnet die Polizei vor. Angesichts dieser Zahlen fühlte sich auch Staatspräsident László Sólyom genötigt, die Angriffe zu verurteilen, nachdem er im vergangenen Jahr die Rechtsextremen noch klein geredet hatte. Die Sicherheit der Roma sei „eine moralische Verpflichtung“, sagte der parteilose Politiker jetzt nach dem jüngsten Anschlag. Zur Beerdigung der ermordeten Mária Balogh aus Kisléta kamen fast nur Angehörige der Minderheit der Roma.

Die Arbeitslosenquote in Kunmandaras liegt seit Jahren bei rund 23 Prozent.

Dass es auch anders geht, zeigt das Beispiel Lom. In der bulgarischen Kleinstadt an der Donau mit 30.000 Einwohnern sitzen Roma in den Cafés neben Bulgaren, arbeiten als Polizisten, in Behörden, im Krankenhaus. Veselka Asenova, eine junge Romni, sagt: „In Lom ist es praktisch egal, ob du Rom bist oder nicht. Ich habe sehr viele Freunde, die keine Roma sind.“ Dabei waren auch in Lom die Roma die ersten, die nach 1989 aus den maroden Staatsbetrieben entlassen und in die Armut gedrängt wurden – in Wohnvierteln ohne Kanalisation und fließendes Wasser, mit fehlender Gesundheitsversorgung, mit Kindern, die in Sonderschulen gehen.

Heute gehen fast alle Roma-Kinder des Viertels in die Schule und machen ihren Abschluss.

„Es gab eine Roma-Parallelwelt“, blickt Bürgermeisterin Penka Penkova zurück. „Auch heute haben wir immer noch viele Probleme, aber der Unterschied ist vielleicht: Wir fürchten uns nicht, sie zu benennen“, sagt die Bürgermeisterin. Und vor allem: Sie versuchen, sie zu lösen, zusammen

mit den örtlichen Roma-Vertretern, mit denen die Stadt seit Jahren an einem gemeinsamen Strang zieht, wie Penkova betont. Gemeinsam werden Projektgelder bei EU-Fonds oder nationalen Programmen beantragt, mit denen viele Verbesserungen erzielt werden konnten – im sozialen Bereich oder bei den Wohnverhältnissen. Oberste Priorität hatte immer der Bildungsbereich.

Was in Lom bereits geleistet wurde, wird bei einem Besuch der „Hristo-Botev-Schule“ im Roma-Viertel Mladenovo deutlich: Die Klassenzimmer sind bunt angemalt, Zeichnungen hängen an den Wänden, es ist freundlich und sauber. Dabei gehörte die Schule vor einigen Jahren noch zu den schlechtesten der Stadt. Alles wurde anders, als ein EU-Projekt, das die Schule vor fünf Jahren zusammen mit der „Roma Lom Stiftung“ beantragt hatte, bewilligt wurde.

Ein neuer Geist sei damals in die Schule eingezogen, erzählt die ambitionierte Direktorin Dessislava Alexandrova. Heute gehen fast alle Roma-Kinder des Viertels in die Schule und machen ihren Abschluss. Lehrer unterrichten mit interaktiven Methoden, es gibt eine Schulbibliothek, Nachmittagsangebote, einen Elternverein. Das Bildungsniveau hat sich mittlerweile an die üblichen Anforderungen angeglichen. „Unsere Schüler müssen schließlich konkurrenzfähig sein“, sagt Desislava Alexandrova.

Tatsächlich gab es Zeiten, da hatte die Stadt bestimmte Arbeitsplätze für Roma reserviert, um sie in den Arbeitsmarkt zu integrieren. „Aber jetzt ist das schon nicht mehr nötig“, erzählt Bürgermeisterin Penka Penkova stolz. Denn inzwischen gibt es viele gut ausgebildete Roma, die mit den Bulgaren auf dem Arbeitsmarkt konkurrieren können. So ist der Leiter der Sozialbehörde ein Rom, auch auf anderen wichtigen Positionen in der Gemeinde sitzen Roma. Trotzdem hat die Gemeinde Lom erst kürzlich beschlossen, einen festen Posten von 20.000 Euro in ihrem Haushalt für die Integration der Roma zu verankern. Ein Novum in Bulgarien.

„Es wird immer gesagt, dass die Situation in Lom eine Ausnahme ist“, sagt Nikolay Kirilov, als Chef der der „Roma Lom Stiftung“ vielleicht der wichtigste Partner von Penka Penkova. „Aber das stimmt nicht. Es ist ein Modell, das viele studieren können, um zu sehen, wie wir das machen.“ Kirilov gehört zu einer neuen Roma-Elite: Er hat einen Abschluss an einer amerikanischen Universität, spricht fließend Englisch, hat lange Auslandsaufenthalte hinter sich. Und er war der erste Rom-Abgeordnete im Gemeinderat. Das Problem, sagt er, seien nicht fehlende Strategien und Programme. Es gibt tatsächlich eine wahre Inflation an Papier. „Aber auf lokaler Ebene setzen das nur sehr wenige Gemeinden um“, kritisiert er. Weil es oft am Willen fehlt und an der nötigen Professionalität, vorhandene Fördermittel auch abzurufen.

Ein Feature von den n-ost-Korrespondenten **Dirk Auer** und **Stephan Ozsváth**, Lom / Kunmadaras



POLEN

Mehr Chancen als in London

In Polens Hauptstadt ist die Rezession weniger zu spüren, als die Wirtschaftszahlen vermuten lassen. In Warschau verdient man gut – und man zeigt es

Warschau | Es gibt in Warschau ein Haus, das den Wandel symbolisiert: „das weiße Haus“, wie es die Warschauer nennen. Während die Generation des 44-jährigen Geschäftsmannes Marek es immer noch als Sitz des Zentralkomitees der polnischen Volkspartei kennt, ist für Mareks 16-jährige Tochter Maja das Haus nur noch das Gebäude der polnischen Börse. Für Touristen indes ist das „weiße Haus“ ein farbloser Hintergrund für eines der aufregendsten Foto-Motive Warschaus: eine riesige Palme,

Ergebnis einer Kunstaktion für ein farbigeres Warschau. So steht das Gebäude nicht nur für den langen Weg von der Planwirtschaft zum freien Markt, sondern auch für die Entwicklung einer grauen Stadt zu einem Ort der Gegensätze.

Im heutigen Warschau ist die Stadt von vor 20 Jahren kaum noch zu erkennen. Nirgendwo in Polen ist die wirtschaftliche Entwicklung so weit fortgeschritten wie in Warschau. Seit Jahren, trotz guter Entwicklungen in anderen Großstädten Polens, ist und bleibt die Hauptstadt ein gelobtes Land. Tausende Menschen ziehen dorthin auf der Suche nach den gut bezahlten Jobs. Über 1000 Euro verdient man in der Hauptstadt im Schnitt, doppelt soviel wie im 100 Kilometer entfernten Łódź.

1.000 Euro scheinen zwar auf den ersten Blick im europäischen Vergleich nicht besonders viel. Doch in Wirklichkeit schätzen Wirtschaftswissenschaftler die realen Einkommen viel höher ein. Denn viele Polen verdienen mehr als auf dem Lohnzettel steht, denn wegen hoher Sozialabgaben ist Arbeit für Arbeitgeber vergleichsweise teuer. In Polen spricht man von der „grauen Zone“, um den Begriff Schwarzarbeit zu vermeiden. Inoffiziell sollen 30 Prozent der Polen unter der Hand Geld hinzuverdienen. So liegt auch die Kaufkraft bis zu 30 Prozent höher, als offiziell angegeben.

Deshalb beklagen sich weder Armani Boutiquen noch der Bentley Salon über fehlende Umsätze. Die Warschauer kleiden sich schick, fahren mit modernen Autos und wohnen in Appartements. Aber nicht in irgendwelchen. 400 bewachte Siedlungen gibt es inzwischen in der Hauptstadt. Mit eigenen Schwimmbädern, Fitnesszentren, Concierges und vor allem Kameras und Wachdiensten. Die Kaufpreise liegen zwischen 4.000 und 7.000 Euro je Quadratmeter. In einem gerade gebauten Hochhaus in Zentrum Warschaus, entworfen von Daniel Libeskind, bezahlt man für solchen Luxus sogar 5.400 Euro.

Die Appartements würden sich gut verkaufen, behauptet der Makler. Die meisten Käufer seien Polen: wohlhabende Eliten – Politiker, Schauspieler, Wissenschaftler, Ärzte, aber vor allem Geschäftsleute. Die meisten von ihnen verdanken ihren aktuellen Status der Transformation. Vor 20 Jahren nutzten sie ihre einmalige Chance und stiegen in die damals entstehende Mittelklasse auf. Die mutigen Händler fuhren in Richtung Westen, nach Deutschland, oder gen Süden, in die Türkei, einige wählten sich als Ziel sogar China und Indien. Nur zu dieser Zeit war es so einfach, glaubt Marek, der aus eigener Erfahrung spricht.

Mit 100 Dollar, die er von Familie und Freunden geliehen hatte, ist Marek damals nach Westberlin gefahren, hat dort ein Paar Kästen Zitronen gekauft und in Warschau auf der Straße mit mehrfachem Gewinn innerhalb eines Tages verkauft. Dann pendelte er weiter: holte Waschpulver und Gummibärchen. Mit dem Gewinn daraus chauffierte er elektrische Heizkörper aus Warschau nach Berlin (vierfacher Gewinn), kaufte dafür noch mehr Waschpulver, später noch Jeans, die besser waren als die aus der Türkei.

Schon nach der ersten Reise konnte Marek das geliehene Geld zurückzahlen, nach der dritten kaufte er sich ein größeres Auto. Das Studium brach er ab und wurde Geschäftsmann. Ein typischer Werdegang in der damaligen Zeit.

Nirgendwo in Polen ist die wirtschaftliche Entwicklung so weit fortgeschritten wie in Warschau

Mut und Initiative reichten, um ein eigenes Geschäft zu gründen. Das wurde direkt aus dem Wagen heraus oder von provisorischen Klappbetten aus verrichtet. Deshalb nennen viele die erste Phase der wirtschaftlichen Transformation die „Ära der Klappbettgeschäfte“. Die etwas Wohlhabenderen machten ihre Geschäfte in Stahlbuden, zusammenklappbar wie eine Muschel oder Unter- und Oberkiefer, wie es die Polen nennen.

Die Betten und Muscheln beherrschten das Antlitz der Städte und Dörfer für die nächsten Jahre. Allein innerhalb der zwei ersten Jahre nach der Wende sind Millionen solcher Firmen entstanden, der Großteil in Warschau und der umliegenden Wojewodschaft. Marek selbst hatte in dieser

Zeit sein Klappbett mit Jeans vor dem Kulturpalast aufgestellt. Ein Paradox: Vor dem Palast, einem Geschenk von Stalin für Warschau, wuchs der neue polnische Kapitalismus. Darüber lacht Marek heute noch.

So wie Marek fingen damals viele heute erfolgreiche Geschäftsleute an. Sie haben sich irgendwann von den Muscheln und Klappbetten getrennt, haben größere Firmen und Läden aufgemacht, einzelne sind sogar Millionäre geworden als Unternehmer, die an der Börse notiert sind. Die Betten und Muscheln passen heute nicht mehr ins Stadtbild. Als erster verschwand der Markt rund um das Nationalstadion. In den vergangenen Wochen wurde das zweite und letzte Symbol der „Klappbettenära“ zwangsgeräumt – die Halle vor dem Kulturpalast, der selbst immer mehr hinter Hochhäusern verschwindet. Es wird eng in Warschau City.

Bis zur jüngsten Krise boomte die Stadt. Die Rezession änderte weniger, als man angesichts der vielen Medienberichte glauben könnte. Gerade eben wurde ein der größten Immobilienverträge der vergangenen Jahre über Büroflächen abgeschlossen. Und es gibt immer noch Bedarf. Immerhin bietet Warschau derzeit noch etwa viermal weniger Bürofläche als die westeuropäischen Hauptstädte. Deshalb braucht die Stadt Investoren, sowohl inländische als auch aus dem Ausland.

Denn der polnische Markt bietet Chancen, die größer sind als sonst in der Region.

Für einen Sitz in der größten polnischen Stadt müssen sie gepfefferte Preise zahlen. Laut einem Report von CB Richard Ellis über die teuersten Bürokosten liegt Warschau auf Platz 41, hinter London, Paris, Rom und Moskau, aber vor den restlichen Mitteleuropäischen Hauptstädten. Die ausländischen Investoren ziehen trotzdem nach Warschau. Denn der polnische Markt bietet Chancen, die größer sind als sonst in der Region. Immerhin ist Polen mit 38 Millionen Einwohnern der wichtigste Absatzmarkt in Mitteleuropa. Warschau mit seiner Kaufkraft und hochqualifizierten Arbeitskräften liegt im Fokus des Landes.

Und so wird es wohl bleiben. Denn die Lektion der Transformation hat Polen offensichtlich gut gelernt: Während die anderen Länder der Region in der Krise taumeln, ist die Lage in Polen überraschend stabil. Das Wachstum hatte seinen Höhepunkt im Jahr 2007 mit ca. acht Prozent erreicht. Im Vergleich zu den Baltischen Staaten mit ihrem zweistelligen Wachstum war das nicht beeindruckend. Doch im Jahr 2009 ist Polen anscheinend das einzige EU-Land mit einem BIP im leichten Plus.

In Polen verliefen die Wirtschaftsreformen langsamer als bei den Nachbarn. Der im Vergleich zu den baltischen Ländern große Markt (38 Millionen Einwohner) wuchs langsam, aber stabil, es entwickelte sich eine eigene Produktion. Deshalb ist heute in Warschau von Krise wenig zu spüren. Im Juni 2009 lag die Arbeitslosenquote in der Hauptstadt bei nicht ganz drei Prozent, in ganz Polen sind es, laut Eurostat, gerade mal 8,9 Prozent, also leicht unter dem EU-Durchschnitt.

Die Hauptstädter bleiben also nicht grundlos überdurchschnittlich optimistisch. Obwohl sie den Westen vor allem wegen seiner guten Infrastruktur beneiden, fahren sie eher rein privat dorthin als zum Jobben. Auch Mareks Tochter fliegt regelmäßig nach England, um die Sprache zu lernen. Doch an eine Zukunft dort denkt sie im Gegensatz zu Gleichaltrigen in der polnischen Provinz nicht. „Wozu dann? Hier in Warschau lebt man weniger hektisch, hier habe ich meine Familie und Freunde und hier finde wohl einen guten Job“, sagt sie und zuckt mit den Schultern. „Heute bietet mir London weniger Chancen als Warschau. Denn die Krise betrifft uns hier nicht.“

Ein Feature von n-ost-Korrespondentin **Agnieszka Hreczuk**, Warschau



Alte Frauen im russischen Slawgorod:
Mit dem Verkauf von selbst gezogenem
Gemüse bessern sie ihre geringe Rente auf.

Foto: Tobias Zihl

POLEN / RUSSLAND

Ohne staatlichen Zwang

Die Zivilgesellschaften in Russland und Polen haben sich seit der Wende von 1989 eher schwach entwickelt. Sie blühen vor allem da, wo es um persönliche Interessen geht – und um die Unterprivilegierten

Moskau / Warschau | Es gibt nur wenige Polen, die diese Organisation nicht kennen: Das „Große Orchester der Feiertags-Hilfe“ (WOSP) sammelt Jahr für Jahr Spenden für medizinische Geräte an Kinderstationen in Kliniken. Die Spendensammlung gipfelt im „Großen Finale“, das immer am ersten oder zweiten Januarsonntag stattfindet und von den großen TV-Stationen des Landes übertragen wird. Über 40 Millionen Zloty (knapp 10 Millionen Euro) kamen dieses Jahr zusammen, 120.000 ehrenamtliche Helfer trugen zu dem Erfolg bei.

Doch so gut wie dieser Organisation geht es in Polen nur wenigen. Denn die Polen engagieren sich im EU-weiten Vergleich am wenigsten. Und das, obwohl es keine rechtlichen und faktischen Beschränkungen für zivilgesellschaftliches, vom Staat unabhängiges Engagement gibt. Das ist umso überraschender, weil es beispielsweise in Russland gerade staatliche Beschränkungen sind, die zivilgesellschaftliches Engagement hemmen. Dabei herrschten in beiden Ländern vor dem Zusammenbruch der kommunistischen Regime faktisch die gleichen Voraussetzungen.

70 Jahre lang wurde etwa in der Sowjetunion jede Art zivilgesellschaftlichen Engagements unterdrückt: Die Kommunistische Partei behauptete zu wissen, was die Gesellschaft braucht. Autonome Organisationen, die andere Wege vorschlugen, wurden in den Untergrund gedrängt. „Menschen wurden damals zu ehrenamtlichen Aktivitäten verpflichtet, deren Sinn sie nicht einsahen“, sagt der Soziologe Dariusz Wojakowski von der Universität in Rzeszow in Polen. Er glaubt, dass das heute geringe zivilgesellschaftliche Engagement eine Erblast des Realsozialismus sei.

Während und nach der Wende blühte kurzzeitig das gesellschaftliche Engagement auf. So brachen durch die Perestroika die starren Strukturen in Russland auf: Binnen weniger Jahre gründeten sich Hunderttausende Initiativen, Vereine und Organisationen. Etwa 70 Prozent der heute existierenden NGOs wurden in den 90er Jahren gegründet. In Polen war bereits mit der Gründung der Solidarność-Bewegung 1980 ein Höhepunkt gesellschaftlichen Engagements erreicht. Doch sehr bald sank die Motivation der Menschen in Polen und Russland – und zwar aus sehr unterschiedlichen Gründen.

Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion verschlimmerte sich die soziale Lage der Bevölkerung immer mehr. Viele Russen waren in der Folge vor allem damit beschäftigt, sich und ihre Familien zu ernähren. Die meisten Organisationen stellten ihre Tätigkeit ein. Dass heute von den auf dem Papier existierenden 300.000 Organisationen nur ein Bruchteil aktiv ist, liegt aber auch an neuen staatlichen Strukturen und Gesetzen.

Während und nach der Wende blühte das gesellschaftliche Engagement kurzzeitig auf.

Seit 2003 beschäftigte sich die Kreml-Administration unter der Führung des damaligen Präsidenten Wladimir Putin verstärkt mit der Zivilgesellschaft – allerdings mit eigenen Zielen. Mit einer Reihe von Gesetzen wurden besonders internationale Organisationen und aus dem Ausland finanzierte russische NGOs geschwächt. Seit 2005 müssen sich NGOs in einem Register anmelden. Die zuständige Behörde darf die Zulassung ablehnen oder eine NGO auflösen, wenn diese den Zulassungskriterien nicht entspricht oder es versäumt, geforderte Dokumente rechtzeitig vorzulegen. Hinzu kommen Kontrollen der Finanz- und Steuerbehörden. Ehrenamtliches Engagement wurde seither also vielfach schlicht unmöglich.

Gleichzeitig entstanden in der Regierungszeit Putins eine Reihe von Organisationen, die zivilgesellschaftliches Engagement nur imitieren: Mit finanzieller Unterstützung des Kremls wurden verschiedene Jugendorganisationen wie die „Naschi“ gegründet, in vielen Städten entstanden auf Anordnung von oben „Gesellschaftskammern“, die jedoch nur selten wirklich die „Gesellschaft“ vertreten. Und auch die Kreml-Partei „Einiges Russland“ (Zwei Millionen Mitglieder) ist eine vom Staat organisierte und finanzierte Einrichtung.

In Polen, wo es derartige Einschränkungen und Gesetze nicht gibt, liegt der Grund für fehlendes Engagement neben der noch heute andauernden Erinnerung an sozialistische Gesellschaftsnormen vor allem im fehlenden Vertrauen in die Mitbürger: Laut einer Studie der polnischen Organisation Klon/Jawor ist es das niedrigste in der gesamten EU überhaupt. Es resultiert mitunter aus der stark ausgeprägten Korruption – Transparency International platzierte Polen 2007 im EU-Vergleich direkt vor Rumänien und Bulgarien. Es herrscht aber auch generell eine geringe Identifikation der Polen mit ihrem Staat – verstanden als Institution.

Ein weiterer Grund für fehlendes Engagement und eine schwache Zivilgesellschaft in Polen liegt auch darin, dass das Land – ähnlich wie etwa Italien und Spanien – zu den so genannten „low trust familistic societies“ gehört. Nach Einschätzung des US-amerikanischen Philosophen und Politologen Francis Fukuyama sind das Gesellschaften, in denen starke familiäre Bindungen mit einem relativ hohen Misstrauen gegenüber dem Staat, seinen Institutionen und auch der Zivilgesellschaft einhergehen.

Bei allem Pessimismus gegenüber gesellschaftlichem Engagement gibt es in beiden Ländern Lichtblicke. So machen die jüngsten Signale des seit März 2008 in Russland amtierenden Präsidenten Dmitri Medwedjew Hoffnung: In einem Exklusiv-Interview mit der regierungskritischen „Nowaja Gaseta“ im April 2009 sagte er, die Zivilgesellschaft sei „eine unveräußerliche Institution eines jeden Staates“. Seinen Worten ließ er Taten folgen: Ende Juli 2009 wurde das in der Putin-Ära verabschiedete NGO-Gesetz entschärft. Besonders kleine NGOs, die etwa 90 Prozent der russischen Nichtregierungsorganisationen ausmachen, müssen nun weitaus weniger Verwaltungsaufwand bewältigen. Zudem können NGOs nicht mehr so schnell geschlossen werden wie zuvor.

Die Quelle, aus der sich die langsam wachsende russische Zivilgesellschaft speist, ist die russische Mittelschicht. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung macht etwa 10 bis 20 Prozent aus. „Das sind diejenigen, die etwas zu verlieren haben, und deshalb dafür kämpfen“, sagt Jewgeni Gontmacher, Leiter des Zentrums für Sozialpolitik des Wirtschaftsinstituts der Russischen Wissenschaftsakademie. Überall im Land formieren sich in den letzten Jahren Initiativgruppen, die für ihre jeweiligen Interessen kämpfen: Betrogene Wohnungskäufer, Autofahrer, Umweltschützer oder Gegner illegaler Bauvorhaben.

„Mit der Politik haben solche Aktivitäten jedoch nichts zu tun“, hat Gontmacher erkannt. Die Mitglieder dieser Initiativen kämpfen für ihre jeweiligen Anliegen, mit Parteien wollen sie nichts zu tun haben. Gontmacher spricht von einem „echten und breiter werdenden Wunsch, für die eigenen und die unterdrückten Rechte anderer einzustehen“, was für das heutige Russland „frisch ist und, wie ich hoffen will, Perspektive hat.“

Bei allem Pessimismus gegenüber gesellschaftlichem Engagement gibt es in beiden Ländern Lichtblicke.

In Polen tun sich Menschen vor allem zusammen, um gegen Gewalt und Armut vorzugehen und für Toleranz, Gleichberechtigung der Geschlechter und Menschenrechte zu wirken. Der Ehrenamtler Tadeusz Barcik, der in der südpolnischen 200.000-

Einwohner-Stadt Gliwice in einem Ortsbeirat aktiv ist, glaubt, dass diese Themen vor allem Jugendlichen nahe gebracht werden müssen, „damit Engagement für sie selbstverständlich wird“.

Jurek Owsiak, Gründer des Großen Orchesters, hat das bereits erfolgreich ausprobiert: Als Dankeschön für die zehntausenden, meist jungen Helfer für sein stetig wachsendes Hilfsprojekt hat er das Festival „Haltestelle Woodstock“ ins Leben gerufen. Seit den neunziger Jahren wird das Open-Air-Konzert jährlich über mehrere Tage veranstaltet und zieht mittlerweile auch Bands und Gäste aus dem Ausland an. Die freiwilligen Orchester-Helfer tanken dort Energie für das nächste „Große Finale“ – denn sie wollen wieder einen Spendenrekord erreichen.

Ein Feature von den n-ost-Korrespondenten **Moritz Gathmann** und **Jan** und **Katarzyna Opielka**, Moskau / Warschau